

Bezugspreis:

Vierteljährl. 10,50 RM., monatl. 3,50 RM. frei ins Haus, wocentl. zahlbar. Postbezugs. Monatlich 3,50 RM. zzgl. Postgebühren. Unter Streifenband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 RM. für das übrige Ausland 10,75 RM., bei täglich einmal. Zustellung 5,75 RM. Postbestellungen nehmen in Dänemark, Holland, Venedig, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Bismarck“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 13. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis: Die abendliche Komparsenliste kostet 1,50 RM., Feuerungsantrag 60%, „Kleine Anzeigen“, das vergründete Wort 75 Pfg. (zulässig zwei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stiefelangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsantrag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gemeinschaftliche Vereins-Anzeigen 1,50 RM. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Vernehmung Wilhelms?

Arbeiter, Parteigenossen!

Der Marloh-Prozess hat erneut einen Einblick in die furchtbaren Folgen des Bürgerkrieges gewährt. Er hat gezeigt, daß, wenn innerhalb des eigenen Volkes die von politischem Haß geführten Waffen entscheiden, dieser Kampf rücksichtsloser und brutaler geführt wird, als gegen einen äußeren Feind.

Wir bedauern auf das tiefste und verurteilen auf das schärfste die Erschießung der 29 Matrosen im März d. J. Wir erwarten, daß entsprechend den schon bisher getroffenen Maßnahmen alle diejenigen, die bewußt oder fahrlässig durch Ertelung oder Ausführung von Befehlen diese Tat verurteilt haben.

rücksichtslos zur Rechenschaft

gezogen werden.

Die Verhandlungen und der Ausgang des Marloh-Prozesses haben erneut im Volke die Überzeugung gefestigt, daß die besondere Militärgerichtsbarkeit eine in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassende Einrichtung ist. Wir erheben daher mit allem Nachdruck die Forderung, daß die von der Reichsverfassung vorgegebene Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen von der Regierung

schleunigt durchgeführt

wird. Für alle Straftaten darf es, ganz gleich, welchen Grad der Täter trägt, nur einen Richter geben.

Wenn die Unabhängigen und Kommunisten und ihre Presse mit besonderem Geschrei schärfstes Vorgehen gegen die Schuldigen an der Tat Marlohs verlangen, so muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß

die eigentlichen Schuldigen

in ihren Reihen sitzen. Das sind die verbrecherischen Urheber des Generalstreiks vom März dieses Jahres. Sie tragen die Schuld an den damals ausgebrochenen Unruhen, den Verbrechen und Verwüstungen verübten Plünderungen und Gewalttaten, die das Eingreifen der Reichswehr zum Schutze der Bevölkerung notwendig machten. Sie haben zur Unterstützung ihrer politischen Ziele die Matrosendivision und einen Teil der republikanischen Soldatenwehr zur Meuterei und zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung veranlaßt.

Daß das von langer Hand vorbereitet war, beweist der durch den Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung festgestellte, zwischen Liebknecht, Ledebour und Eichhorn und den Führern der Matrosendivision, darunter dem „ehrenwerten“ Dorenbach, abgeschlossene Vertrag vom 12. Dezember 1918. Danach wurde die Matrosendivision verpflichtet, sich beim Ausscheiden der unabhängigen Mitglieder aus der Reichsregierung dem Abgeordneten Gause zur Verfügung zu stellen. Die im Dezember 1918 erfolgte

Verhaftung der Reichsregierung

durch ihre eigene Matrosenwache, der Putz vom 23. und 24. Dezember, das Verhalten der Matrosen im Januar und März, die bestialische Mißhandlung und Ermordung einzelner von den kuffländischen im März gefangenen Soldaten und Offiziere erklären die erbitterte und aufgeregte Stimmung, die auf Seiten der Regierungstruppen bestand und die den Boden für die Erschießung der 29 Matrosen bereitete. Wenn also die „wahren Schuldigen und Verantwortlichen“ an dieser unseligen Tat auf die Anklagebank kommen sollen, dann gehören neben den von der „Freiheit“ verlangten Marloh, v. Kessel und Reinhard auch die durch die Matrosenwache verurteilten Generalstreikführer vom März und ihre Helfershelfer in der „Freiheit“, im Volksrat und in den unabhängigen-kommunistischen Parteileitungen dorthin.

Mit aller Entschiedenheit müssen wir diesen Leuten das Recht absprechen, das Ergebnis des Marloh-Prozesses in so demagogischer und nichtswürdiger Weise für ihre Parteizwecke auszunutzen, wie das jetzt geschieht. Wer in einem demokratischen Staat

Bürgerkrieg predigt und hervorruff,

hat das Recht vermerkt, über die Folgen dieses Kampfes zu klagen. Wer die schreckende Hand hält über die Mörder des sozialdemokratischen Kriegeministers Neuring in Dresden, über den Mörder Lindne in München, über die Mörder des Oberleutnants Klüwer in Halle, wer das ekelhafte Gefindel verteidigt, das den Geiselmord in München auf dem Gewissen hat usw., der stellt sich damit selbst außerhalb jeder normalen Rechtsanschauung und hat

Angeregt, noch nicht beschlossen.

Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses beschäftigte sich am Freitag mit der Verteilung der Referate für den Fragebogen über die Vorkriegszeit und das Verhalten der deutschen Regierung zwischen dem Attentat von Serajewo und dem Ultimatum. Es wurde angeregt, den früheren deutschen Kaiser ebenfalls zu vernehmen, evtl. durch Vermittlung Hollands, doch wurde die Entscheidung hierüber zurückgestellt, bis die Auskunftsleistungen ihre Antworten eingereicht haben. Als Sachverständige sind neu hinzugezogen Professor Dr. Nöck und Professor Dr. Höniger. Sachverständiger Graf Montgelas fragt an, ob er nach den Angriffen des Dr. Grelling sein Amt als Sachverständiger niederlegen soll. Die Anfrage wird mit großer Mehrheit verneint. Die nächste Sitzung des ersten Untersuchungsausschusses wird im Januar stattfinden.

Mit Rücksicht auf die am 18. d. M. beginnenden Weihnachtsferien der Nationalversammlung werden in diesem Monat neue öffentliche Verhandlungen nicht stattfinden, sondern erst etwa Mitte Januar.

Indessen beschloß der Untersuchungsausschuß die Publikation der in Betracht kommenden amtlichen Aktenstücke. Die Akten dürften noch vor Ende der kommenden Woche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Solidarität.

(Grenz-Druckbericht des „Vorwärts“.)

Der französische Bergarbeiterkongress beschloß auf lothringischen Antrag, von der französischen Regierung die Rückberufung der ausgewiesenen deutschen Bergarbeiter zu fordern; Generalstreik wird für den Weigerungsfall angedroht.

Die Ausweisungen Deutscher aus Straßburg nehmen wieder zu. Als Grund wird von den Franzosen die Notwendigkeit der Schaffung von Unterküsten für obdachlose Familien aus Nordfrankreich angegeben.

Feirstich, der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, ist zum Bürgermeister von Straßburg gewählt worden.

Die Friedensfeinde.

Die Mitteilungen, die Litwinoff den Vertretern Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über das Friedensangebot der Sowjetregierung zugeordnet hat, sind ihm zu rückgesandt worden. Die Vertreter weisen darauf hin, daß Litwinoff über sein Mandat hinausgehe, da die Kopenhagener Konferenz einzig dem Austausch der Kriegsgefangenen und der Heimführung der Staatangehörigen gewidmet sei, andererseits wären sie der Ansicht, daß die Verpflichtungen Dänemark gegenüber nicht eingehalten würden, wenn der Aufenthalt Litwinoffs politischen Zielen diene, da Dänemark die Konferenz nur für humanitäre Zwecke bewilligt habe.

Während, diese zarte Rücksicht auf Neutralität. Wenn es Kriegszwecke und Aus Hungierung galt, konnte man anders!

kein Recht zur Beschwerde, wenn sich die Brutalität dieser Rännde auch gegen ihn selbst richtet.

Eine Partei, die noch vor wenigen Tagen auf ihrem Parteitag es abgelehnt hat, den Willen des Volkes zu respektieren und dem Volke das Recht zu gestehen, über sich selbst zu bestimmen, eine Partei, die an Stelle der Volksherrschaft die Parteidiktatur über das Volk

errichten will und die sich bemüht ist, dieses Ziel nur mit Mitteln der Gewalt und des Terrors erreichen zu können, darf sich nicht wundern, wenn der Kampf gegen sie mit außergewöhnlichen Mitteln geführt wird.

Unsere Parteigenossen aber rufen wir zu: Laßt euch durch die blöde Roske- und Reichswehrhebe der Unabhängigen und Kommunisten in euren Anschauungen nicht beirren. Denkt und urteilt selbst. Gewiß haben wir allen Anlaß, jene Vorgänge und insbesondere die im Marloh-Prozess festgestellten Begeisterungen zu kritisieren. Wer sich durch demagogische Sekerei in das Vorgehen der Unabhängigen locken ließe, der trägt dazu bei, die Zustände, die wir bekämpfen, zu veräusimmern und zu verewigen, und unterläßt eine Pflicht, die immer wieder solche Gewolltaten hervorrufen muß. Mehr denn je ist es deshalb heute unsere Pflicht, terroristische Gewalttätigkeiten nach allen Seiten zu bekämpfen. Reaktion von rechts, terroristische Diktatur von links arbeiten sich wie immer auch diesmal in die Hände. Die Augen offen halten und nach beiden Seiten die freibeitliche Entwicklung des deutschen Volkes zu verteidigen ist unsere Aufgabe.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D.

v. Kessel vors Militärgericht?

In der Angelegenheit des Hauptmanns von Kessel hat der Untersuchungsrichter Laszka am Landgericht I den Haftbefehl aufgehoben, da das bürgerliche Gericht sich nicht als zuständig erachtet. Die Rechtsanwälte Bahn und Alsbereg hatten geltend gemacht, daß er noch aktiver Offizier der Reichswehr sei; er habe allerdings sein Abschiedsgesuch eingereicht gehabt, dieses sei aber noch nicht angenommen worden. Er ist dann bei der Sicherheitspolizei des Polizeipräsidiums eingetreten und dort zum Hauptmann befördert worden. Danach sei er noch Militär, genau so wie ein Offizier, der zu irgendeiner Dienstleistung bei einem Ministerium delegiert wird, dadurch nicht plötzlich Beamter wird, sondern Offizier bleibt. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der Stab des Gardebrigade-Ausbildungs-Korps I und hat den Hauptmann von Kessel als Militär bezeichnet, so daß also der Gerichtsherr dieser Formation zuständig wird. Infolgedessen wurde der Haftbefehl auf Antrag der Verteidigung aufgehoben.

Eine Entlassung ist vorläufig nicht erfolgt, da darüber erst der Gerichtsherr zu entscheiden haben wird.

Die „Jurisdispositionstellung“ des Obersten Reinhard wurde vom Reichspräsidenten Ebert ausgesprochen, und zwar auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts.

Reinhard reiste Donnerstag mittag aus Berlin ab.

Ein Verfahren gegen den Obersten Reinhard ist bisher nicht eingeleitet worden.

Die beiden Unterstützungsversuche von Hinterbliebenen erschossener Matrosen an den Reichspräsidenten sind laut B. B. N. der zuständigen Stelle weitergegeben worden. (Und diese hat bisher nichts getan!) Die Entschädigung der Hinterbliebenen der durch Marloh erschossenen Matrosen dürfte nach dem Tumultschadengesetz erfolgen. Zuständig ist das Reichsamt des Innern. Nun aber bitte keine Bummelerei!

Der Reichspropaganda-Chef.

Unter dieser Spitzmarke geht durch die Presse eine Notiz, wonach die Ernennung des früheren deutschnationalen Oberlehrers aus Charlottenburg, Dr. Driesen, zum Reichspropaganda-Chef beabsichtigt sei.

Driesen war bis zur Revolution strammer Alldemokrat und Fürstenverherrlicher. Noch wenige Tage vor dem Zusammenbruch Deutschlands und dem elementaren Aufkommen der Volksempörung hatte er eine Broschüre erscheinen lassen, die den Titel „Das deutsche Volk und seine Fürsten“ trägt und an Seruilismus und Schwermüdelei alles übertrifft, was auf diesem Gebiete geleistet worden ist.

Daß darin starker byzantinischer Tabak geboten wird, geht schon daraus hervor, daß die Militärbehörde, der Driesen die Broschüre zum Massenvertrieb anbot, dankend absahnte, weil sie ihr gar zu schwülstig, zu speichelleckerisch und daher für ihren Zweck ungeeignet erschien.

Der Inhalt ist denn auch ein findliches Gemisch. Er hält nicht einmal den Vergleich mit einem leidlich gut geschriebenen Schilleraufsatz aus. Einige Beispiele beweisen das:

„Welches auch die künftige politische Entwicklung des Deutschen Reichs im Innern sein möge... Das alles wird nie und nimmer auch nur im geringsten berühren das uralte, auf unerschütterlicher Gemütsgrundlage beruhende Vertrauensverhältnis zwischen dem deutschen Volke und seinen Fürsten...“

Wie ein Sohn, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, seinem Vater zeitlebens dankbar ist für eine geübte, ernste, ja strenge Erziehung, so ist jeder deutsche Stamm seinem Landesvater dankbar für die strenge Erziehung zum Vaterlandsverteidiger...“

Sie wissen auch, daß Kaiser und Bundesfürsten nach alter Ueberlieferung in erster Reihe Soldaten sind und Männer von blankem Ehrenschild...“

Ein dices Buch müßte man schreiben, wollte man der wirtschaftlichen Betätigung der deutschen Fürsten gütlich Wohlwollen der deutschen Staaten und des deutschen Volkes auch nur einigermaßen gerecht werden...“

Der Kaiser hatte seine 6 Söhne und seinen Schwiegersohn draußen...“

Unabhängig von der wandelbaren Macht der Partei ist das innere Verhältnis des deutschen Volkes zu seinem Fürsten, seitdem sie gemeinsam das Deutsche Reich vor 50 Jahren begründet haben, unverändert geblieben. Es ist das beschworene Treueverhältnis jedes einzelnen Mannes des Volkheeres zum einzelnen Kriegsherrn und zum obersten Kriegsherrn... Es ist schließlich die Kenntnis von jaherhundert-

langer Kärkerarbeit für Wohlfahrt und Kultur, insbesondere für Wissenschaft, Kunst und Erziehung im deutschen Vaterlande.

Einem Manne, der solchen blühenden Unfuss und solche abstoßenden Unterwürfigkeiten zu Papier gebracht hat, soll, wie wir nicht glauben, das Presserecht ausgeübt werden. Dies und auch die Tatsache, daß dieser Fürstentrompeter wenige Wochen nach der Herausgabe der Drohschüre sein inneres Verhältnis zum angestammten Fürsten revidierte und alsbald fasseltreuer Republikaner wurde, muß natürlich die Regierung davon abhalten, ihm ein so wichtiges Amt anzuvertrauen. Sie hat doch mit Mantelträgern dieser Art nachgerade trübe Erfahrungen übergenug gemacht. Wir warnen daher rechtzeitig.

Landarbeiter und Reichswirtschaftsrat.

Die immer wiederholte Behauptung, es gäbe in der Landwirtschaft keine Scheidung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ist absolut unzutreffend. Nach der Berufsstatistik von 1907 zählt die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung einschließlich der Kinder noch nicht 17 Millionen. Davon sollen angeblich 15 Millionen Personen erwerbstätig sein. Diese hohe Zahl beweist, wie weit man in der Erfassung der mitarbeitenden Familienangehörigen gegangen ist. Diese sind mit etwa 7,7 Millionen angegeben, wovon rund 3 Millionen nur als vorübergehend mitarbeitend gezählt sind. Demgegenüber stehen die fremden Arbeitskräfte mit etwa 4 1/2 Millionen. Ebenso ist man verfahren bei der Erfassung der Betriebsinhaber. Hier hat man die Millionen Industriearbeiter mitgezählt, die auf dem Lande wohnen und neben ihrer Industrie- oder handwerklichen Arbeit ein kleines Grundstück bewirtschaften.

Alle agrarischen Versuche, die Tatsache einer Klassen-scheidung in der Landwirtschaft abzuleugnen, werden über den Haufen gerannt durch die Tatsache, daß heute schon 800 000 Land- und Forstarbeiter gewerkschaftlich organisiert sind. Deshalb können die in diesen Organisationen vereinigten Landarbeiter es auch niemals zugeben, daß ausgerechnet in der Landwirtschaft die Barität in den zukünftig zu schaffenden wirtschaftspolitischen Körperschaften ausgeglichen sein soll. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer müssen nun mit aller Entschiedenheit darauf bestehen, daß für sie genau so wie für die übrigen Berufsgruppen die volle Gleichberechtigung in dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat durchgeführt wird. Herr v. Altrud und seine Freunde seien daran erinnert, daß der Artikel 165 der Verfassung, den Herr v. Altrud in seinem Artikel in der „Deutschen Tageszeitung“ mehrfach erwähnt, aber nie im Wortlaut zu zitieren wagt, mit dem Satz beginnt: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Und dabei muß es bleiben.

Das Wiederaufbauministerium.

Das Reichsministerium für Wiederaufbau hat seine erste Einrichtung beendet. Es sind mehrere Abteilungen gebildet worden. Eine Abteilung behandelt die unmittelbare wirtschaftliche Wiedergutmachung auf Grund des Friedensvertrages einschließlich des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, eine zweite die Ausgleichung von Forderungen und Schäden gegenüber den bisher feindlichen Staaten, die Abwicklung der Liquidationen und die Entschädigung der Auslandsdeutschen. Daneben bestehen allgemeine Abteilungen für Personal-, Finanz- und Rechtsfragen, sowie ein Generalsekretariat für den Friedensvertrag.

Reichsdruckfachen.

Von Hermann Widmer.

Was ist Gabun? Seniors dich nicht zu sagen: „Das weiß ich nicht.“ Denn, lieber Leser, so wird es noch vielen gehen, die nicht gerade in der Geographie die erste Note gehabt haben oder Weltreisende sind. Als Gabun ist eine französische Kolonie am Kongo, bekannter unter dem Namen Französisch-Kongo. Sie wird wohl nicht gerade auf einer besonders hohen Kulturstufe stehen, diese Negerkolonie, aber dem großen, alten, hochkultivierten Deutschen Reich ist sie in einem wichtigen Kulturzeugnis über, einem Kulturzeugnis, das nach Ferdinand von Arnim die Wälder eines Volkes darstellt, nämlich in der Briefmarke! Das müssen wir uns eingestehen, wir, die wir schon vor vierhundert Jahren einen Dürer und im letzten Jahrhundert einen Menzel hervorgebracht haben! Und nicht nur Gabun ist und über, sondern auch Hawaii, die Fidji-Inseln, Rußia, Katal, Bahamas, von größeren Staatsgebilden gar nicht zu reden. Ja, man kann sagen: So häßlich wie die deutsche ist kaum eine Marke!

Wie kommt das, wie ist das möglich? So oft man aber einen Eingeweihten fragt: Wie kommt es, daß ihr wieder so eine scheußliche Marke, so einen schauerhaften Geldschein herausgebracht habt, erhält man die Antwort: der Entwurf war gut, aber er ist und auf dem Instanzenweg kaputt gemacht worden!

Wer die Erzeugnisse der Reichsdruckerei in den letzten Jahren beobachtet hat, konnte feststellen, daß sie immer geschmackloser wurden. Kaum eine Drucksache verließ ihre Presse, die man als reiflich schön empfand, deren Entwurf auf einem Guss war, und die einen einheitlichen ruhigen, künstlerisch befriedigenden Eindruck machte. Mit dem scheußlichen Hundertmarkschein von 1910 fing die Sache an. Wie schon war dagegen der alte 100-Mark-Fünzigmarkschein von 1914 ist die Rückseite viel zu unruhig, und der Zwanzigmarkschein von 1915 ist schon in den figurlichen Motiven, aber auf der Vorderseite schlagen die viel zu kräftigen, an sich nebensächlichen Ornamente alles tot. Und auf der Rückseite ist die Einfassung der Figuren langweilig und hölzern. Der gut gezeichnete Zwanzigmarkschein von 1918 wirkt als Gesamteindruck zu monoton, und in dem Fünzigmarkschein vom 18. November 1918 ist ein Gipfel der Geschmacklosigkeit erreicht, der nicht mehr überboten werden kann. Der soeben herausgekommene neue Fünzigmarkschein vom 24. Juni 1919 ist zwar ein wenig besser, befriedigt aber in künstlerischer Hinsicht auch nicht recht. Die Rückseite zeigt eine etwas geschickte Originalität, und die Vorderseite ist wieder reichlich monoton. Das Puppenköpfchen rechts mit dem sentimentalen Sternenhintergrund würde besser auf eine Zigarettenpackung passen.

Mit den neuen Flugpostmarken kann die Reichsdruckerei auch keinen Staat machen, sie sind unter mittelmäßig!

Wie kommen diese Dinge nun zustande, wer ist für sie verantwortlich? Hier liegt der Dasein im Pfeffer! Ein Mann, der für sie künstlerisch verantwortlich ist, fehlt! Die Scheine oder Marken werden bestellt von einer anderen Reichsbehörde, also z. B. von der Reichsbank oder dem Reichspostministerium. Und nun kommt das Komische: diese Behörde tritt in jeder Hinsicht als

Ein Arbeiterratsprozeß.

Nach 27-tägiger Verhandlung verurteilte das Gericht in Halle den unabhängigen Redakteur Kilian wegen Anreizung zum Klassenhaß, Freiheitsberaubung und Bildung bewaffneter Haufen zu drei Jahren Gefängnis. Acht Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Dieser Strafsatz kontrastiert in bezügender Weise mit den Freisprechungen in den Prozessen wegen der Morde an Liebschütz, Augenburg und an den Matrosen.

Renners Appell.

Der Pariser Reparationskommission erklärte Staatskanzler Dr. Renner, daß die Republik Oesterreich ohne irgendein Versäumnis ihrer Verwaltung binnen drei Wochen ohne Brot und Mehl sein werde. Wir können es nicht wagen, nach Wien zurückzukehren, ohne Brot und Kredit mitzubringen. Die Welt würde es dieser Regierung niemals verzeihen, wenn sie nicht durch das freiwillige Bekenntnis der Lage des Landes die Menschheit vor der grauenhaftesten Katastrophe gewarnt hätte. Ihr politisches Urteil kann nicht zulassen, daß 6 Millionen verweilende Menschen ohne eigene Regierung den Mächten unweigerlich die schwierigen militärischen und politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben aufzuwerfen. Ihr menschliches Herz wird die Möglichkeit eines Massensterbens ohne geschichtliches Beispiel im 20. Jahrhundert der christlichen Zivilisation weit von sich weisen. Wir hoffen, daß die Reparationskommission dem Obersten Rat jene Vorschläge erteilt wird, deren Durchführung unser armes Volk retten und in den Stand setzen wird, die im „Vertrag“ von St. Germain übernommenen Pflichten in rechtschaffener Weise zu erfüllen.

Bankrott des Obersten Rates.

Die englischen Blätter bringen Artikel über den Besuch Clemenceaus in London. Der militärische Mitarbeiter des „Globe“ schreibt:

Der Besuch sei ein Ereignis von großer Bedeutung, dem man sicher auch in Berlin Aufmerksamkeit schenken werde. Der Oberste Rat in Paris habe nicht nur seine Fühlung mit der Lage im allgemeinen verloren, sondern auch seine Macht über die Politik zahlreicher Verbündeter eingebüßt. Der Augenblick sei gekommen, um einem derartigen Zustand ein Ende zu machen und dies könne nur durch eine energische Führung, die der Welt geschlossen angelündigt wird, geschehen.

Ein Mitarbeiter des sozialistischen „Daily Herald“ schreibt: „Der Besuch Clemenceaus sei ein politisches Ereignis ersten Ranges und gleichzeitig ein Musterbeispiel für das ganze Leben der alten Geheimdiplomatie.“

Eine Stimme der Menschlichkeit.

Der Bund der Kriegsteilnehmer unter den französischen Abgeordneten faßte folgende Entschliessung:

„In Anbetracht der Tatsache, daß die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen und in die Zeit der Sklaverei, die wir für immer überwinden glauben, zurückführt, einen unerträglichsten Skandal bedeutet und eine offensichtliche Umarmung des menschlichen Gewissens darstellt, erheben wir mit Entrüstung Einspruch gegen die Gefangenhaltung unserer Kameraden aus den Staaten, welche unsere Feinde gewesen sind.“

Was Frankreich anbetrifft, so fordern wir die Kriegsteilnehmer unter den Abgeordneten, ohne Unterschied der Partei, auf eine energische Aktion einzuleiten und zu verfolgen, um die umgehende Heimsendung aller Kriegsgefangenen zu erlangen. Dergleichen wollen wir für die Befreiung gewisser Klassen von Eingeborenen der Kolonien, z. B. der Madagassen, die widerrechtlich unter den Fesseln festgehalten werden, eintreten.“

Diese Entschliessung wurde einstimmig gefaßt.

Besteller auf, und schon sie bei sich keinen Sachverständigen in Kunstdingen hat, nagehen und kritisieren die Post- und Finanzmännchen anscheinend so lange an den Entwürfen herum und beschließen deren Abänderung, bis sie gründlich verdorben sind. Sie vergessen ganz, daß ja nicht sie die Besteller sind, sondern das Deutsche Reich, das deutsche Volk, und daß sich das deutsche Volk blamiert, wenn bezügliche verordnete repräsentative Arbeiten schlecht und häßlich ausfallen. Aber nicht nur, daß dieser herrliche Instanzenweg schuld ist, daß gute Entwürfe verdorben und in schlechte Drecke umgewandelt werden, er ist auch schuld, daß noch viel bessere einfach unter den Tisch fallen und gar nicht ausgeführt werden. Ich kenne z. B. einen Entwurf zu einer Briefmarke von Prof. Arthur Kampf, der geradezu wunderbar ist. Er stellt einen naturhistorischen, also gemeinverständlichen, aber außerordentlich monumental ausgefallenen stehenden Adler dar, von einer Schönheit der Komposition, die nicht alltäglich ist. Wenn diese Marke ausgeführt worden wäre, bräuchten wir kein teures und umständliches Dreiaufschreiben, wie es jetzt gebräuchlich ist, das wieder Tausende von Künstlern zu überflüssiger Arbeit veranlaßt, um zwei oder drei Entwürfe zu erhalten. Und wir hätten doch eine der schönsten Marken der Welt.

Natürlich haben sich diese Behörden einer Künstlerkommission lose angegliedert; aber entweder werden die Herren nicht immer gefragt, oder sie haben nicht das nötige Interesse, oder es trifft das Wort zu, daß eben viele Köpfe den Drei verderben, was bei den heutigen gegensätzlichen Kunstströmungen nicht weiter wunderbar wäre. Wie dem auch sei, so kann es nicht weiter gehen! Hier muß ein Mann her, ein Künstler von Geistesart, der für die künstlerische Seite dieser Dinge verantwortlich ist.

Die Reichsdruckerei war lange Zeit für die Privatindustrie vorbildlich. Heute ist sie von diesen Firmen, die beispielsweise in großem Maßstab Reklamendruckarbeiten herstellen lassen, also Privatdruckereien und Plakatschreibern, aber auch Plakatschreibern, Refs- und chemischen Fabriken im Punkte des künstlerischen Gesamteindruckes längst überflügelt. Aber bei allen diesen Firmen sitzt ein Künstler, der die Drucktechniken kennt und der für die künstlerische Qualität die Verantwortung hat. Diese Reklame hat sich in der Privatindustrie durchgesetzt, sie spricht sich Sprache der persönlichen Erfahrung, und sie würde sich vermutlich auch bei der Reichsdruckerei bewähren.

Eins ist klar: Die Ungültigkeit des heutigen Zustandes wird allgemein empfunden. Das beweist auch der Antrag Dr. Pfeiffer und Genossen, der von der Nationalversammlung angenommen wurde, und der die Reichsregierung erjudet. „In allen gesetzgeberischen Fragen, bei denen eine künstlerische Auffassung in Betracht kommt, die Mitwirkung geeigneter Sachverständiger zu sichern.“

Hängt bei der Reichsdruckerei an, dort ist es am nötigsten! Und löst dann diesen Mann bzw. die Reichsdruckerei die Verantwortung tragen, gibt ihr entsprechende Befugnisse gegenüber den „Instanzen“!

Somit wird sie unter der neuen Diktation kaum Besseres leisten können als unter der alten.

Für Erlangung guter Entwürfe für neue deutsche Briefmarken veranstaltet das Reichspostministerium einen allgemeinen öffentlichen und einen beschränkten Wettbewerb. Die Bedingungen für den allgemeinen Wettbewerb, der mit Posten im Gesamt-

Amerika-Erfolg verlangt.

Mit drastischer Klarheit haben die italienischen Sozialisten in der Kammer die Absicht aufgedeckt, die Clemenceau jetzt in London verfolgt, wohin auch der italienische Außenminister Scajola befohlen wurde.

Der Abg. Labriola führte aus, Italien hätte die völlige Zerteilung der Mittelmächte verhindern zu müssen. Die europäische Lage sei heute vielleicht schlimmer als im Juli 1911. Die Lage Italiens gleiche eher der der Besiegten als der Sieger. Abg. Cicotti fauchte, Italien dürfe die jetzige Politik des Verbandes gegen Deutschland nicht weiter mitmachen und insbesondere nicht, wie es die französische Presse wünscht, an Stelle Amerikas die Garantie für die französische Siegesbeute übernehmen. England und Frankreich züchteten durch ihre imperialistische Ausplünderung Deutschlands nur den deutschen Revanchegedanken. Italien habe keinen Anlaß, an einer so gefährlichen Politik teilzunehmen, und die sozialistische Partei protestiere dagegen auf das allerentschiedenste.

Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Die deutsche Regierung will den Forderungen der Entente in der Frage des Schadenersatzes für Scapa Flow wohl entgegenkommen und wird Versuche machen über die Art und Weise dieser Regelung. Zu diesem Zweck soll ja die Sachkommission, über deren Zusammensetzung noch verhandelt wird, nach Paris gehen. Dabei muß die deutsche Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, daß die Auslieferung von 400 000 T. Schwimmbüchsen usw. unmöglich ist und für Deutschland wirtschaftlichen Selbstmord bedeuten würde.

Die Verhandlungen zur Bildung eines bürgerlichen Kammerblocks gegen die Sozialisten sind an der Weigerung der Clerikalen gescheitert.

Den „New York Times“ zufolge erklärte Senator Hitchcock, er hoffe, daß es zu einem Ausgleich kommen werde, der die Ratifikation ermöglicht. Der Senator entwarf folgendes Programm, von dem er sagte, es fände bei den Anhänger des Friedensvertrages keinen Widerstand:

1. Die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten fallen nicht unter die Rechtsgewalt des Völkerbundes.

2. Die Kongressakte wird von den Bestimmungen des Bundes nicht berührt.

3. Wenn die Vereinigten Staaten in einen Streitfall mit irgendeiner Nation (England! Red.) verwickelt werden, die über Kolonien, Dominien oder Landteile mit Selbstverwaltung verfügt, von denen alle eine Stimme besitzen, so scheiden diese Stimmen aus.

4. Die Macht des Kongresses, Krieg zu erklären, bleibt ungeschwächt erhalten.

5. Der Völkerbund erhält keine Kontrolle über das amerikanische Meer und die amerikanische Flotte.

6. Die Vereinigten Staaten sind, sollten sie die Absicht haben, aus dem Bund auszutreten, allein berechtigt, darüber zu urteilen, ob sie ihren Verpflichtungen nachgekommen sind.

Wie der „Main“ aus New York meldet, soll Staatssekretär Lansing die Absicht haben, zu demissionieren. Wegen der mexikanischen Frage sei ein Zwiespalt zwischen dem Staatssekretär und Wilson ausgebrochen. Dieser habe während seiner ganzen Krankheit Lansing nicht ein einziges Mal empfängt. Eine Clique mit dem Generalsstaatsanwalt Palmer, dem Vertreter des geraubten deutschen Besitzes, als Führer, soll jetzt die Macht haben.

Danach hätte der zuerst von Wilson empfohlene Völkerbund dem Uncle Sam nicht zu sagen.

Und Frankreich rückt! Die Verhandlungen über den Ankauf aller britischen, nach in Frankreich vorhandenen Kriegsmaterials durch Frankreich wurden eröffnet.

Streitbeendigung in Amerika.

Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Lewis, veröffentlichte eine Erklärung, in der er den Beschluß auf Wiederaufnahme der Arbeit unter Hinweis auf die Interessen des amerikanischen Volkes rechtfertigt. Er habe das Versprechen des Präsidenten, daß die Angelegenheiten der Grubenarbeiter schneller behandelt würden.

betrage von etwa 14 000 Mark angesetzt ist, können beim Reichspostmuseum, Berlin W. 68, Leipziger Straße 15, schriftlich bestellt oder persönlich entnommen werden. Die Entwürfe müssen spätestens am 2. Februar 1920 beim Reichspostministerium vorliegen.

Eduard Erdmann. Ein ultramoderne Kongert ist von der „Neuen Musikgesellschaft“ in der Singakademie angefaßt. Wir freuen uns des Herausgehens aus alten Fahrtrajekten und erwarten eine Sensation des Großen, Langweiligen oder Sturken. Eine Mischung wird's, aus der endlich aber ein neuer Geist herausklingt, der und fesselt. Strabinski, des Russen Sonate op. 10 macht den Anfang. Sie ist nicht schön, nicht geschmeichelt, drängt sich mit kräftigem Trost an unter Ohr und prallt ab. Potentielle Arbeit, fantasievolle, nicht schulgerechte Bearbeitung belehrt mehr, als sie erleben macht. Aber ein Kern ist in Erregung. Schönberg, op. 11, drei Klavierstücke. Vorgekühlte Einfall und Kindlichkeit im Entwurf läßt auf gefährliche Emanationen fallt und Kindlichkeit im Entwurf läßt auf gefährliche Emanationen schließen. Und die kommen mit allen Waffen des Angriffs auf Herz, Gehirn, Stillsitzen, Ohr und Empfinden. Ist es das grimmige Abwürgen niedrigen Klatschs durch einen Genies, ist es das Getöse eines Hochstaplers, der die Welt nun einfach umharnoriert will? Es scheint eine Apokalypse der Unstimmigkeiten, der Dissonanz, der Widerstreitigkeiten, der Geschrei-Altenzote. Und nirgends Ruhe, die Gefäß hätte, nirgends Klarheit und Notwendigkeit der Form, nirgends Wiedererkennen melodischer Bindungen, rhythmischer Figuren. Zulezt B. S. 10 n. 15 Fantasia contrapunctistica. Ein Meisterwerk, gedanklich vollgepropt voll innerlicher Reibungen, die formal motiviert, also richtig und künstlerisch sind, glänzend in der Steigerung des Baues, unsinnlich, aber temperamentvoll und mit tadellos sauberer Feder hingeschrieben.

Diese Sonate in ihren 12 feinen Teilen kann nicht mehr fesseln, als der junge Künstler, der sie spielt. Ein baumlanges Wädriger Mann, der mit fabelhaftem Gedächtnis den verschlungenen Wegen dieser Madonna nachgeht. Und er wandelt nicht, wie ein Blind, er ist lebend und nachschaffend geworden, wo wir anderen selbst beim Hören nur leise nachhaken können. Er hat wohl die tiefere Beziehung zu all diesen ultramodernen Zeitgebilden, er spürt nichts mehr von Zwängen und Jerscheren, er wird mit untödeliger Spielbarkeit und lobender Begleitung, ja, mit höchst gesteigter feierlicher Kraft der geniale Vermittler der Madonna. Dies scheint sein Beruf, dies seine Mission, die er erfüllen wird. Einer von den wenigen lebenden Russen unter den Pianisten, ein Künstler. Er gab seinen Weg, gerade und mit dem Blick zu seiner Sonne. Sticht sie und heute noch ins Auge — moogen leuchtet sie und vielleicht. Und in ihrem Glanz prangt der Name: Eduard Erdmann.

K. S.

Kurt Erich Weiser liest am Sonntag, den 14. d. M., 1/2 Uhr, in einer Vorkonferenz der Literarischen Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg, Genthiner Straße 131, seine Gedichtreihe „Gesang im Feuerofen“. Karten an der Kasse.

Ludwig Wäcker gibt seinen am 6. November abgelesenen Vortrag am Reichspostmuseum am 18. Dezember.

Wahl. Das fünfte Sonntag-Vortragskonzert im Schiller-Theater, Charlottenburg, mittags 12 Uhr, bietet ein Kogert-Programm.

Deutsche Nationalversammlung.

128. Sitzung, Freitag, den 12. Dezember, 1 Uhr.

Anfragen.

Abg. Brey (Soz.) fragt an, ob die Regierung bereit ist, für eine rechtzeitige Verbesserung der Erbschaftsteuer...

Abg. Dr. Mittelmann (D. Sp.) wünscht Auskunft, was die Reichsregierung gegenüber der erneuten...

völkerrechtswidrigen Dislokations...

hgw. ihren vernichtenden Wirkungen für die deutsche Volkswirtschaft sowie den schweren Schädigungen der deutschen Arbeiterschaft...

Reichsminister des Inneren Müller: In den letzten Tagen sind einige Erleichterungen in der Seesperre erreicht worden...

Abg. Kempkes (D. Sp.) fragt, ob die Regierung durch Aenderung des Aktiengesetzes die Ausgabe kleiner Aktien...

Reichsjustizminister Dr. Schiffer antwortet, die Aenderung des Aktiengesetzes könne erst zusammen mit einer Aenderung des Handelsgesetzbuches erfolgen...

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes über die Eisenbahnaufsicht.

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Reichsjustizminister Schiffer: Es handelt sich darum, zwischen den Interessen der Anwälte, die einen Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben...

Herren von der Mitte, das eindringlich zu beachten. Den Anfang eines Bruches können wir sehen über das Ende sind wir nicht mehr Herr!

Abg. Hennig (U. Soz.): Die Regierung ist die Verbindung zweier unerkämpfter Weltanschauungen. Das Zentrum bleibt fest auf dem Boden der konfessionellen Schule...

Aus der Abstimmung ist hervorzuhellen: Der unabhängige Antrag um Aufhebung der Ehelosigkeit der Lehretinnen wird mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen...

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

Die Verhandlungen finden vor fast leerem Hause statt. Sonnabend 12 Uhr: Sitzungsgesetz. Schluß gegen 8 Uhr.

ten aufgehoben ist, wurde illustriert an einem Diskussionsredner, bei dessen Auftreten sich aus allen Teilen des Saales einzelne Personen...

Die Neuregelung der Berliner Jugendfürsorge. Die neue Deputation für das Jugendamt besteht aus neun Magistratsmitgliedern...

Innerhalb des Jugendamtes sind vier Abteilungen gebildet worden, die von vier Kuratoren verwaltet werden...

a) das Jugendpflegeamt (Geschäftszeichen: „Jugd.“) ist dorsetsch.

b) das Jugendfürsorgeamt (Geschäftszeichen: „Jugf.“) Vorsitzender des Kuratoriums: Stadtschulrat Geheimrat Rat Dr. Fischer...

c) das Jugendberufsamt (Geschäftszeichen: „JugB.“) Vorsitzender des Kuratoriums: Stadtschulrat Ritter (Amtszimmer im Rathaus, Zimmer 68)...

d) das Jugendberufshilfsamt (Geschäftszeichen: „JugBH.“) Vorsitzender des Kuratoriums: Stadtschulrat Dofflein...

Brand im Café Imperator. Im Café Imperator in der Friedrichstraße Ecke Mohrenstraße brach Freitagabend Feuer aus...

Amerikanische Methodistenbischöfe beim Oberbürgermeister. Die Bischöfe der methodistischen Episkopalkirche von Amerika haben Freitagvormittag dem Oberbürgermeister...

Verhaftung in der Graanseer Werdhache. Unter dem furchtbaren Verdacht, seine Eltern und Schwägerin ermordet zu haben...

Neue Höchstpreise für Süßigkeiten. Mit Rücksicht auf die erhöhten Zuckerpriese und die Notwendigkeit für die Herstellung von Süßigkeiten...

117 000 M. „gefunden“. Kürzlich ging einem Holländer auf dem Wege vom Zentralhotel nach dem Schlesischen Bahnhof ein Koffer...

„Freie Turnerschaft Berlin“. Am 23. November hat der Turnverein „Fichte“ in der „Freiheit“ zum Vorkost der aus Reformsozialisten bestehenden „Freien Turnerschaft Berlin“...

Turnzeiten der „Freien Turnerschaft Berlin“. Südbergl. Turnhalle Bräger Straße (Kollb. Brücke) Montag u. Donnerstag: 1. Männer-Abt.: 8-10, 1. Jugend-Abt. (14-17 Jahre): 8-10...

Nordbergl. Turnhalle Demminer Str. 27. Dienstag u. Freitag: 2. Männer-Abt.: 8-10, 2. Jugend-Abt. (14-17 Jahre): 8-10...

Ostbergl. Turnhalle Am Gassen Herrenmann, Rebaler Straße 28, III. (Ab 1. Januar) Turnhalle Petersburger Str. 4. Dienstag u. Freitag: 3. Männer-Abt.: 8-10, 3. Jugend-Abt. (14-17 Jahre): 8-10...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Lehrer und Lehretinnen der Privathandelschulen Groß-Berlins, die im Zentralverband der Angestellten zusammengeschlossen sind...

Die Verhekung der Schuljugend.

In der Freitagssitzung der preussischen Landesversammlung trat Abg. Frau Dr. Heine (Dem.) für die Rechte der Frauen ein.

Ein Regierungsdirektor: Auch die Regierung ist der Meinung, daß Kosten in der Schulleitung nur nach der Vergütung, nicht nach dem Geschlecht vergeben werden sollen.

Kultusminister Haenisch: Ich bin der erste Minister gewesen, der eine Frau in das Ministerium berufen hat; zunächst selbstverständlich als Hilfsarbeiterin.

Ich würde auch gern eine geeignete Frau zum Vortragenden Rat ernennen. (Beifall.) Die Jugend unserer höheren Schulen ist in den Jahren hineingewachsen, daß die Revolution den Zusammenbruch des Herkes und damit den Verlust des Krieges verschuldet habe.

Das Gegenteil ist richtig. Erst der Verlust des Krieges hat die Revolution ermöglicht. Schuld am Zusammenbruch sind keinesfalls die jetzigen Regierungsparteien, sondern höchstens die Parteien rechts und links von ihnen. (Beifall u. d. Rechts.)

Wir haben die schwere Aufgabe übernommen, aus dem Trümmerhaufen wieder etwas aufzubauen. Das mühte auch von der Jugend der höheren Schulen begriffen werden. Jede Absicht der Verhekung der Oberlehrerschaft liegt mir fern. Ich würde aber der Anerkennung ihrer treuen Arbeit noch freudigeren Ausdruck geben können, wenn sich endlich weite Kreise der Oberlehrerschaft bereitfinden würden, sich innerlich mit dem Neuen abzugeben und an der Schulreform mitzuarbeiten. (Beifall.)

Der Jugend wollen wir politische Bildung verschaffen, von parteipolitischer Verhekung muß sie aber freibleiben. Außerordentlich beklagenswert ist die antisemitische Verhekung gerade der Jugend der höheren Schulen. Ich rufe ihr zu, nicht über die Juden herzufallen und sie zu beschimpfen, sondern mit ihnen in edlen Wettstreit zu treten und zu zeigen, daß sie mehr leisten können. Das entspricht dem germanischen Ehrgefühl. (Lärm rechts.)

Die beiden Essener Lehrer, die unter einem wüsten Terrorismus zu leiden hatten, hoffe ich auf ihrem bisherigen Tätigkeitsplatze ihrer Berufsarbeit zu erhalten. Das erste Untersuchungsergebnis über den Fall Leonhard zeigt, daß für den Direktor Leonhard die Sache erheblich günstiger steht, als es zuerst den Anschein hatte. Er wird mit einer Verwarnung davonkommen. Allerdings ist gefürchtet, Material beigebracht worden, das gründlich untersucht werden muß. Von allen Vorwürfen, die gegen mich erhoben worden sind, hat mich am schwersten der Vorwurf des Abg. Hennig (U. Soz.) getroffen, ich hätte meine sozialdemokratischen Grundüberzeugungen verraten. Wenn ich von dieser Stelle aus nicht als Sozialdemokrat wirken kann, so wie ich es möchte, so ist das in erster Linie Schuld der Unabhängigen wegen ihrer Zerstückelungspolitik unter der Arbeiterschaft und ihrer Rätepolitik. (Große Unruhe u. d. Unabh.) Gegenwärtig besteht eine Krise in der Regierungsmehrheit.

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

Die Koalition ist eine Zwangsgabe, gegründet unter der Kollage des Vaterlandes. Diese Zwangsgabe dauert an. Ich bitte die

In letzter Nacht verstarb unerwartet infolge Schlaganfalls unser lieber Bekannter, Herr

Julius Täubner.

Er war 77 Jahre in unserem Betrieb unerschrocken tätig und hat durch großen Fleiß und Treue in unsichtbarer Weise unsern Werte gehoben.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Berlin NW 87, den 11. Dezember 1919.

Asphaltwerk Franz Wigankow G. m. b. H.

Die Beerdigung findet am 12. d. M., nachm. 3 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Buch statt. 12900

Am 10. Dezember 1919 verstarb plötzlich unser langjähriger Kollege, der Bekannte Herr

Julius Täubner

an einem Schlaganfall im 77. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm einen lieben, achtungswürdigen Kollegen von unerüblicher Fleißtreue. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Angestellten

des Asphaltwerks Franz Wigankow G. m. b. H.

Berlin NW 87. 12919

Statt besonderer Nachricht

Am 10. d. Mts. entfiel unerwartet nach langem Krankenlager unser lieber Verwandter, der Buchdrucker

Gustav Färber

Steglich, Döppelstr. 18, im 64. Lebensjahre.

Am Namen aller Hinterbliebenen 12920

Hermann Schmidt.

Die Beerdigung findet am Montag, den 15. Dezember, 2 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes Steglitz, Bergstr. 26, aus statt.

Wie ein Wunder

besitzt

San-Rat Haussalbe

Dr. Strahl's

jed. Hautausschlag, Flecht-, Hautjuck., bez. Heinschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originalflaschen 0.25, 0.75 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Vertrauensvoll

gebarme. Anstalt. Preuß. Druckenstr. 76.

Achtung, Bauarbeiter!

In Rücksicht auf die von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Sonntag, den 14. d. M., in Groß-Berlin veranstalteten Massenveranstaltungen beginnen die am gleichen Tage bereits durch Flugblätter bekannt gemachten 51 Bezirksveranstaltungen des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes pünktlich um 9 Uhr vormittags. Bei einigermaßen gutem Willen wird es möglich sein, in 1 1/2-2 Stunden die der Tagesordnung entsprechend vorzunehmenden Abstimmungen zu treffen.

Dah auch die Berliner Bauarbeiter anschließend hieran an den Parteiveranstaltungen teilnehmen, braucht wohl nicht erst besonders erwähnt zu werden; das versteht sich von selbst.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, 148/15

Gemeinnütziger Bauverein Berlin-West

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)

Montag, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des Real-Gymnasiums zu Teichenau, Pommerhstraße.

Außerordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

1. Wahl eines Quartals.
2. Bericht des Vorstandes über die Geschäftstätigkeit.
3. Rechnungsabrechnung, und zwar sollen in Zukunft lauten:

§ 8. Jeder Genosse darf nur einen Geschäftsanteil v. 200 M. erwerben, welcher Betrag in der innerhalb 3 Monaten nach Eintritt zu zahlen ist, jedoch auch mindestens 1/3 bei Abgabe der Beitrittserklärung in bar gezahlt werden.

Außerdem ist ein Eintrittsgeld von 20 M. zu entrichten, welches beim Auscheiden nicht zurückgefordert wird.

§ 4. Die Haftsumme beträgt 200 M.

§ 5. Absatz 1. Die Besetzung der Generalversammlungen der Genossen erfolgt 7 Tage vorher durch Berufung im Freieinverständigenverfahren.

§ 11. Die Beschlüsse der Generalversammlung sind durch den Vorstand auszuführen und sind von sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen.

Der Vorstand: Fritz Wiegand

Ortskrankentasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Auf Beschluß des Ausschusses unserer Tasse vom 6. 11. 19 und nach Genehmigung durch das Oberverwaltungsamt Groß-Berlin vom 6. 12. 19 treten folgende Änderungen der Satzung mit dem 15. 12. 19 in Kraft:

§ 17. Krankengeld wird auch für Sonntag gezahlt. § 20. Preis der Tasse beträgt 20 M. Familienmitglieder in der Stammtischgruppe der Tasse. § 20a. Das Familienmitglied zahlt für den Beitritt zur Tasse auf zwei Drittel für ein Kind von 4 bis 10 Jahren auf die Hälfte und für ein Kind bis zu 4 Jahren auf ein Viertel des dem Stammtischmitglied zuzurechnenden Beitrags. § 44. Die Beiträge sind auf sechs Raten des im § 16 festgesetzten Grundbeitrags zu zahlen.

Folgende Bestimmungen treten mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft:

§ 25 und 26a: Wochenbeiträge nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. 9. 19 für Mitglieder und für verheiratete Mitglieder Ehefrauen, Wöchnerinnen und Mitglieder der Besonderen.

Berlin, 12. Dezember 1919.

Der Vorstand: Arthur Schöler, Vorsitzender, Hermann Oidberg, Schriftf.

Empor

G. G. m. b. H., Berlin.

Außerordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 20. Dez. 1919, abends 9 Uhr, in der Aula der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Berlin C, Niederwallstr. 12. 137/13

Tagesordnung:

1. Statutenänderung.
2. Wahl der Vorstandsmitglieder.

„Empor“ Produktions-Gesellschaft für Buchdruckerei. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Der Aufsichtsrat: Jabel.

Frost

benutzen.

auch verarbeitete Frostschäden

12911

12912

12913

12914

12915

12916

12917

12918

12919

12920

12921

12922

12923

12924

12925

12926

12927

12928

12929

12930

12931

12932

12933

12934

12935

12936

12937

12938

12939

12940

12941

12942

12943

12944

12945

12946

12947

12948

12949

12950

12951

12952

12953

12954

12955

12956

12957

12958

12959

12960

12961

12962

12963

12964

12965

12966

12967

12968

12969

12970

12971

12972

12973

12974

12975

12976

12977

12978

12979

12980

12981

12982

12983

12984

12985

12986

12987

12988

12989

12990

12991

12992

12993

12994

12995

12996

12997

12998

12999

Stoffe

Friedensware!

In- und ausländische für Herren u. Damen

Große Auswahl und sehr billig!

Richard Zastrow

Zustlager

Moltkestr. 14-15.

En gros. En détail.

Brennholz-Verkauf

miting 12-1 Uhr, nachm. 4-5 Uhr. - Von 5 Ztr. ab frei Hof!

Heinrich Drechsel,

Kistenfabriken, NO. 55, Heinersdorfer Str. 13. (12970)

Telef. Kgst. 2803 u. Alex. 49.

Vornehme Herrenbekleidung

fertig 'am Lager:

Anzüge von M. 265.- an

Paletots u. Ulster „ „ 325.- „

Cutaways und Westen — Blaue Cheviot-Anzüge — gestreifte Hosen — Fantasiewesten

Sportpelze — Gehpelze

R. Landsberger, Friedrichstraße 108

gegenüber der Karlstraße

Täglich bis 7 Uhr geöffnet.

Engelhardt-Brauerei A.-G.

Die auf 15 Proz. festgesetzte Dividende gelangt gegen Einreichung des Dividendenscheines pro 1918/19 mit M. 150.- pro Aktie bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin, und ihren sämtlichen Niederlassungen und den Bankhäusern Abraham Schlesinger und S. Simonson, Berlin, von heute ab zur Auszahlung. Berlin, den 10. Dezember 1919.

Der Vorstand: 152/13

Nachtr.

Herren-Garderobe

Anzüge, Paletots, Ulster

größte Auswahl, besonders preiswert

Tellzahlung gestattet!

Beiser, Lothringer Str. 67.

Bunte Küchen

von 300 Mark an

1- u. 2-Stöben-Einrichtungen

Bar oder Kredit!

Möbel-Gross

Große Frankfurter Str. 141

Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.

Zahlungsbedingungen nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit u. Krankheit. Kriegeranleihe u. Sparrentz. nehme in Zahlung

Alte Gebisse

u. einzelne

kauf in Schöneberg

Jähre

John zu 2, 4, 6, 8 und 12 Mark

Geldanzahlung u. 10-8 Uhr, Sonntags u. 9-2

Windorf, Hähnlestr. 9, part.

Alle Hauptstraße Nähe Untergrundbahn

Strassenbahnlinien: 30, 60, 61, 67, 38, D, E, K, V.

Stoffe

zur Damen- und Herrenbekleidung

Futterstoffe / Knöpfe

Konfektion

für Damen u. Mädd.

Maßanfertigung.

C. Pelz

5 Kottbuser Str. 5

Möbel

liefern in guter Ausführung zu soliden Preisen gegen bar und auf bequeme Teilzahlung

Bürgerliche Wohnungseinrichtungen

Wohnzimmer

Schlafzimmer

Speisezimmer

Herrenzimmer

in jeder gewünschten Holz- und Stilart.

Einzelne Möbel

Farbige Küchen

in großer Auswahl

Gebr. Kassner

Bülowsstr. 8, am Nollensdorferplatz.

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Geübte Kartonnagen-Arbeiterinnen

für Hand- und Maschinenschachteln,

geübte Prägerinnen

für Kappenschachteln an den Friktionspressen, 1226 D

Hilfsarbeiterinnen

für den Kartonnagen-Betrieb sucht

Pa-Pa-Ge

Pappen- und Papierverarbeitungs-Ges.

Berlin-Pankow, Hadlichstr. 20.

Ankauf

von bedeutendem

Brillant- und Perl schmuck

zum heutigen hohen Kurs

Margraf & Co. G.m.b.H.

Kanonierstr. 9.

Trauringe

DUKATENGOLD 900

14 kar. Gold 585 gestempelt, 8 kar. Gold von M. 29,75 an.

Verkauf direkt an Private!

Goldwaren-Fabrik

J. Weinstock G. m. b. H.

Zentrale: Berlin, Mohrenstraße 16 am U.-Bahnhof Friedrichstraße

Alexanderstraße 14a, nahe Jannowitzbrücke.

Kottbuser Damm 24.

Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5, Tauentzienstr. 6.

Schöneberg, Grunewaldstraße 15.

Natura-Institut

Wesentliche

Blücherplatz 3 (direkt am Halleschen Tor).

Sprechstunden von 10-1, 4-8 Uhr u. Sonntags 11-1 Uhr.

Blut-, Genu-, Sputum-Untersuchungen usw.

Wesentliche Beratung oder schriftliche Auskunft kostenlos.

Stellenangebote

Kunstschmied, 130/12

tätig und erfahren in modernen Schmiede- und Kehlarbeiten, mit langjähriger Zeugnisse, für ein größeres Werk nach Leipzig bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter G. H. 809 an Sächsische Invalidendank, Leipzig, erbeten.

Ein tücht. Meister

für den Umbau einer Mühle in Holland werden tüchtige Rohbauer bei hohem Lohn und guter Beschäftigung eingehend gesucht. Die Nachweise mit Zeugnisbescheinigungen, die Nachweise über geleistete Facharbeit, sowie näherer Anfr. sind zu richten an Otto Knapp, Gunglsmühle, Dandorn Hofau. 12925*

Tüchtige Putzarbeiterinnen

suchen bei hohem Gehalt und dauernder Stellung

Mertes & Co., Lindenstr. 35

Lehrling oder Lehrlinchen

für Anwaltsbüro gesucht.

Rochmannstr. Dr. J. A. J. 11 a, Dirschstr. 26/27. (4-5 Uhr.)

Junger Schreiber

mit guter Schulbildung, 17 bis 18 Jahre, für Schreibbüro sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen 5000

Guthmann, Kochstr. 49.

Geübte Kartonnagen-Arbeiterinnen

für Hand- und Maschinenschachteln,

geübte Prägerinnen

für Kappenschachteln an den Friktionspressen, 1226 D

Hilfsarbeiterinnen

für den Kartonnagen-Betrieb sucht

Pa-Pa-Ge

Pappen- und Papierverarbeitungs-Ges.

Berlin-Pankow, Hadlichstr. 20.

In der Stadt Dortmund (über 300 000 Einwohner) ist sofort die Stelle des

zweit. Bürgermeisters

zu besetzen.

Das pensionsfähige Anfangsgehalt beträgt 18 000 M., steigt von 2 zu 2 Jahren viermal um 1000 M. und einmal um 1500 M., so daß nach 19 Jahren ein pensionsfähiges Gehalt von 25 500 M. erreicht wird. Daneben wird eine nicht pensionsfähige Dienstauswärtigenabgabe von 2000 M. jährlich gewährt. Etwasige Nebenleistungen sind an die Stämmerklasse abzuführen. Das Ruhegehalt ist durch Abschlag vom Dienstverdienst bis zum Ablauf des 6. Dienstjahres auf 1/2 des Gehalts, ab dem 7. Dienstjahr auf 2/3, ab dem 8. Dienstjahr auf 3/4, ab dem 9. Dienstjahr auf 1/2 des Gehalts festgesetzt. So daß es mit dem Ablauf des 20. Dienstjahres 2/3 des Dienstverdienstes beträgt. Berechnung früherer Dienstjahre sowohl auf das Ruhegehalt als auch auf das Ruhegehaltsteuernalter kann vereinbart werden, bezgl. die Doppelrechnung der Kriegsjahre.

Bewerber, die schon längere Zeit bei größeren Kommunalverwaltungen tätig gewesen sind, werden erachtet, ihre Leistungen nicht den erforderlichen Unterlagen bis zum 25. Dezember 1919 dem Untersuchenden einzureichen.

Persönliche Vorstellung sowie ein besonderer Bescheid mit dem Untersuchenden werden vordringlich nicht gewünscht.

Dortmund, den 1. Dezember 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer

185/14

Meißig.

Leiter des statistischen und Presseamtes

Die Stelle des Leiters des bei der hiesigen Stadtverwaltung neu einzurichtenden statistischen Amtes soll besetzt werden. Mit der Stelle ist die Leitung des neu zu gründenden Presseamtes verbunden.

Bewerber müssen sich in ähnlicher Stellung praktisch bewährt haben und tunlichst über eine abgeschlossene volkswirtschaftliche Hochschulbildung verfügen. Schriftstellerische oder journalistische Befähigung und Praxis erforderlich. Erfahrung in Kommunalpolitik und Verwaltung dringend erwünscht. Buer ist eine in lebhaftem Aufschwung befindliche Industriestadt im nördlichen Kohlenrevier, seit 1911 kreisfrei, mit z. Zt. 90 000 Einwohnern und bietet aufstrebendem, sozial denkendem Volkswirtschaftler ein dankbares Arbeitsfeld.

Gehalt und Anstellungsbedingungen nach Vereinbarung. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und sonstigen Nachweisen bisheriger Tätigkeit sowie Gehaltsanspruch an den Magistrat der Stadt Buer. 185/19*

Buer i. W., den 7. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Redakteur gesucht!

Für ein mehrheitssozialistisches Parteiorgan (Industriegebiet) in allen Fächern erfahrener, Außerst tüchtig, Schriftleiter baldigst gegen entsprechendes Gehalt gesucht.

Offerten unter T 41 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 222/14*

Der **„Vorwärts“** sucht einen politischen und einen lokalen Redakteur.

Jeder muß in seinem Ressort eine erste Kraft sein und auf jahrelange erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken können. Der Kandidat für den lokalen Teil muß die Berliner Verhältnisse genau kennen. Anstellung möglichst zum 1. Januar 1920.

Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsforderung bis zum 15. Dezember an

Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Cindenzstraße 3.

Qualifizierte Hart- und Weichholz-Tischler

suchen dauernde Beschäftigung bei guter Entlohnung. Die Lebensverhältnisse gehören zu den günstigsten in Deutschland. Fabrikanlagen werden nach dreimonatiger Arbeitsleistung zurückerstattet. 193/12*

Anfragen sind zu richten an

Michael Bräu, Kunsttischlerei, Jussardstr. 7.

Speisefett-Fachmann.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine mit der Branche vertraute ältere Kraft, die sowohl im Einkauf, der Lagerung, Behandlung und dem Verkauf langjährige praktische Erfahrungen als auch organisatorische Verwaltung und die zur Besorgung umfangreicher Bestellungen nötige Anpassungsfähigkeit besitzt.

Bewerber, die besondere Fähigkeiten durch langjährige Zeugnisse, Referenzen und Empfehlungen nachweisen können, wollen schriftliche Bewerbungsunterlagen mit ausführlichem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe ihrer Gehaltsansprüche richten an die

Poststelle Groß-Berlin (Butter)

Verwaltungsabteilung

Berlin C 2, An der Stealaner Brücke 3.

Selbständige Revolverdreher

für schwere Wände auf Kupferblech gesucht. Bewerber aus Groß-Berlin und aus erfindungsreichen Betrieben, die an präzise und saubere Arbeiten gewöhnt sind und sich die Maschinen selbst einrichten, wollen sich mit Lebenslauf und Angabe des Durschs ihrer Tätigkeit bei den einschlägigen Firmen melden unter A 43 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“. 12920

ParteiSekretär gesucht!

Für den Unterbezirk Essen, Stadt und Land, wird zum baldigen Antritt ein

Sekretär

gesucht. Derselbe muß lange Jahre in der Partei tätig gewesen und organisatorisch befähigt sein. Bewerbungen sind bis zum 23. Dezember mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten an das

ParteiSekretariat Essen,

Grabenstr. 67.

223/4

Vernehmung Auers und Hoffmanns.

(Infolge Telephonstörung verzögert.)

Im Lindnerprozess befandete Rechtsanwalt Bittler, daß Auers im A. und S. aufgeführt habe, nichts gegen den Landtag zu unternehmen, weil das schon die Reaktion besorgen würde. Dann wurde Frau Oberleutnant Kern vernommen, die entschieden bestritt, als Spionin bei Landauer tätig gewesen zu sein. — Hierauf begab sich, da eine Überführung des Ministers Auers in den Gerichtsfall als unzulässig erwiesen hatte,

das Gericht in die Chirurgische Klinik,

um Auers zu vernehmen. Die Angeklagten Lindner und Freich verzichteten nach eindringlichen Vorhaltungen des Vorsitzenden auf die Beteiligung an der Vernehmung, um den Minister nicht aufzuregen. Dagegen waren die Verteidiger der Angeklagten bei der Vernehmung anwesend. Nach der Rückkehr des Gerichts wurde zunächst

Ministerpräsident Hoffmann

vernommen. Hof.: Glauben Sie, daß das Attentat gegen Auers auch ohne das auf Eisner gekommen wäre? Zeuge: Ja, glaube, daß das Attentat auf Eisner das auf Auers direkt hervorgerufen hat. Nach dem Attentat herrschte unter den Soldaten große Erregung, weil sie annahmen, daß Auers an dem Attentat auf Eisner beteiligt gewesen wäre. Ich selbst redete auch mit einer Aktion, hatte sie aber nicht schon für diese Sitzung erwartet. Hof.: Haben Sie beobachtet, daß Lindner auch auf Sie geschossen hat? Zeuge: Nein. Aber als ich die Kugeln um mich pfeifen hörte, habe ich mich allerdings geduckt. Hof. Dr. Sauter: Was Ihnen bekannt, daß die radikalen Massen eine große Abneigung gegen Auers hatten? Zeuge: Diese Beobachtung habe ich gemacht. Der Hof war aber nicht nur auf den Preisfall Eisner-Auers nach der Revolution zurückzuführen. Die Rivalität zwischen beiden hatte auch schon vor der Revolution bestanden. Hof.: Ist die Stimmung durch

die Bürgerwehrsaffäre

verschärft worden? Zeuge: Ja. Aber mit seinen Ministerkollegen hat er sich damit nicht in Widerspruch gesetzt. Hof. Dr. Sauter: Kann der Herr Ministerpräsident etwas über die Ministererregung am 20. Februar sagen? Zeuge: Von einer besonderen Erregung Eisners und Auers habe ich nichts bemerkt, auch nicht von einer Empörung Eisners über den ihm angebotenen Senatmandat. Eisner hat die Frage nur gestellt. Hof. Dr. Sauter: Was Eisner gegen ein Koalitionsministerium? Zeuge: Jawohl. Er war zu einem Zusammengehen mit den Bauern bereit, da er glaubte, das Land so regieren zu können. Hierauf wurden die Protokolle über

die beiden Vernehmungen Auers

betzfen. Die erste hat im Oktober in Oberstdorf im Allgäu stattgefunden. Auers hat damals ausgelegt, daß am 20. Februar ein Beschluß der sozialistischen Mehrheitspartei vorlag, wonach die damaligen Minister dem Landtag ihre Ämter zur Verfügung stellen sollten. Im Auftrage seiner Partei habe er Eisner diesen Beschluß bekanntgegeben und ihn aufgefordert, danach zu handeln und gleich den übrigen Ministern dem Landtag seinen Rücktritt zu erklären. Eisner war über diese Zumutung zuerst sehr empört und verniedrigte seinen Rücktritt. Ich aber, so heißt es in dem Protokoll weiter, bestand auf dem von der Mehrheitssozialdemokratie vertretenen Standpunkt, wonach, entsprechend der Zusammensetzung des Landtages, auch die Regierung zusammengesetzt sein sollte. Schließlich willigte Eisner in seinen Rücktritt ein, machte aber den Vorbehalt, daß nicht alle damaligen Minister zurücktreten sollten, sondern daß unsere Parteien, also auch die Mehrheitssozialdemokraten, und die ganze Arbeiterschaft sich weigern sollten, Mitglieder in eine künftige Regierung zu entsenden. Damit wäre

einer neuen Revolution der Weg gewiesen

worden, denn eine Regierung der bürgerlichen Parteien allein hätte sich gegen die Opposition der Arbeiterparteien nur wenige Tage halten können, und es wäre zum Kampf zwischen den Arbeiterparteien und den Bürgerparteien gekommen. Es gelang mir endlich, Eisner dazu zu bringen, mit dem bedingungslosen Rücktritt sämtlicher Minister sich einverstanden zu erklären. An diese Besprechung mit Eisner schloß sich am Abend des 20. Februar ein Ministerertrag an, und in diesem gab Eisner und ich bekannt, daß die Regierung am anderen Tage vor dem Landtag den Rücktritt erklären werde. Alle Minister waren einverstanden, und es wurden Grundlinien für die Rücktrittserklärung verhandelt, deren Formulierung dem Vorsitzenden des Ministerrats, also Eisner, überlassen wurde. Inzwischen hatte ich schon ein Staatsgrundgesetz vorbereitet, das später auch zur Annahme gelangte, nach welchem dem Landtag ein Ministerpräsident ernannt werden soll, der die Regierung zu bilden hat. Am 21. Februar begab ich mich frühmorgens in das Landtagsgebäude. Ich hatte dort zunächst eine Besprechung mit den Parteien, denen ich den vorerwähnten Entwurf mitteilte. Sie waren damit einverstanden. Als die für die Landtagsöffnung bestimmte Stunde herannahte, bog ich mich in den Sitzungssaal. Es kam dann die Stunde, daß Eisner erschossen sei. Nach meiner Erinnerung brachte diese Stunde Herr Scheidt; er brachte auch gleich die Ausweispapiere des Grafen Arco-Valley mit. Er besprach sich mit dem Ministerpräsidenten. Dann kam Eisners Sekretär. Dieser machte eine dröhnende Ausrufung, deren Vorlaut mir nicht mehr erinnerlich ist. Dabei hatte er den Hut auf dem Kopf und wurde deshalb von Frauenhörer verwiesen. Die Sitzung wurde verzögert und ich begab mich in das Fraktionszimmer der Mehrheitssozialisten. Dort erwartete ich einen Nachruf für Eisner. Dann begab ich mich in das Ministerzimmer, um den Entwurf mit den anderen Ministern zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit machte Minister Joffe (A. Sez.) eine zweideutige Bemerkung, dahingehend, daß das Attentat auf Eisner wohl vorbereitet gewesen sei, und er redete so herum, als wenn er mir auswich. Die Sitzung wurde wieder aufgenommen. Ich hatte mich nach dem Nachruf auf Eisner eben wieder gesetzt, als ich durch die Tür links

Lindner

hereinkommen sah. Als ich seiner ansichtig wurde, war mir sofort klar, daß unmittelbar persönliche Gefahr drohe. Ich griff nach meiner Pistole, um meinen Ertrag zu ziehen, mußte aber gewahr werden, daß ich ihn im Hebergraben hätte stecken lassen. Lindner trat an den Ministerisch heran, rief mir zu: „Schuß!“ oder so ähnlich und hat sofort losgeschossen. Ich glaube, er hat mich einmal getroffen. Ich merkte, daß ich getroffen war und sah von meinem Bessler hinter dem Ministerisch zu Boden. Ich hätte noch einige Schüsse und drohende Rufe nach der Zentrumspartei hinterher. Von meinem Platz aus hörte ich auch noch einige Personen herumlaufen. Und da ich mir dachte, wenn die sehen, daß ich lebe, so würden sie mich töten, verdeckte ich mich unter dem Ministerisch. Als es wieder ruhig geworden war, froh ich hervor und dann nahmen sich Leute meiner an. Als ich schwerverletzt dalag, hat ich um einen Kognak. Eine ablehnende Bemerkung auf diese meine Bitte habe ich nicht gehört. Dagegen hat sich

ein Sanitätsfeldat,

der mich verbinden half, gemein und böse benommen. Er erklärte: Auers, eigentlich sollte ich Dir etwas anderes machen.

Aber das ist jetzt gleich.

Bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß ich am 21. Februar auch unabhängig von dem Attentat auf Eisner das Opfer eines Überfalls geworden wäre, habe ich nicht. Dagegen bin ich überzeugt, daß auf jeden Fall, wenn auch vielleicht erst später, ein Attentat auf mich verübt worden wäre. Die Unabhängigen wären durch die beabsichtigte Regierungsbildung politisch ausgeschaltet worden. Der Hof der kommunistischen Anhänger gegen mich war fanatisch. Ich war ihr geschworener Feind und sie hatten mich als Hindernis für ihre Pläne erkannt. Ich wußte, daß

im revolutionären Arbeiterrat Anschläge gegen mich geplant und beschlossen

worden waren. Das war mir von zuverlässiger privater Seite mitgeteilt worden, und ich wurde von verschiedenen Seiten gewarnt. Einen mir von der Polizei angebotenen persönlichen Schutz habe ich abgelehnt. Am den Landtag zu sichern, verlangte ich vom Kriegsminister Koshaupt ein feldmarchmäßig ausgerüstetes Regiment von auswärts. Koshaupt und die übrigen Minister waren damit einverstanden. Es erging eine Regierungspromission, an deren Spitze der Name Eisners stand und in der es hieß: Der Landtag ist durch die Regierung geschützt. Ich war der sicheren Meinung, daß alles in Ordnung und das Regiment von auswärts im Landtagsgebäude eingetroffen sei. Es war auch ein solches in Anmarsch gesetzt worden. Meines Wissens ist es aber

durch den Soldatenrat in Dachau abgefangen

worden. (Bewegung.) Zu den von Lindner und seiner Verteidigung erhobenen Vorwürfen, daß er in mir einen Gegner Eisners und einen Revolutionärräter erblicke, bemerke ich, daß den Vorwurf des Räterevolutionärs auch Eisner oft gegen mich erhob. Es war das eine von ihm häufig gebrauchte Schraffe, die er immer einwarf, wenn ich aus politischen Gründen mich zu ihm im Gegensatz befand. Ein besonderer Widerspruch im Gegensatz von Eisner und mir hat sich anlässlich des Demonstrationstages im Februar zutagegetragen. Eisner hat sich damals in demselben Gegensatz zur Arbeiterschaft gestellt. Er hat auch wiederholt von einer bevorstehenden zweiten Revolution gesprochen, die schlimmer werde als die erste. Ich räumte diese Ausrufung als eine Drohung und als ein Mittel, sich selbst in der Regierung zu halten. Ich glaube aber, daß er für den Fall seiner Beseitigung aus der Regierung auch einen zweiten Umsturz unternommen hätte. Im gleichen Sinn hat sich Eisner auch in der Schweiz bei der dortigen Internationalen Konferenz geäußert und erklärt, er werde die Kräfte sammeln und von unten heraus arbeiten. Ich werde häufig in politischem Widerspruch mit Eisner, andererseits war aber er es, der von mir die Herstellung der Ordnung verlangte. Schon am 8. November hat er mich um meinen Eintritt in die Regierung mit der Begründung ersucht, daß ich Ordnung machen sollte, da ihm sonst

die Anarchie über den Kopf wachse.

Eisner war schon vor dem 8. November mit Bepica in Verbindung getreten und hat mit diesem Pläne für die Revolution geschmiebelt. (Bewegung.) Späterhin bildete sich eine gewisse Gegnerschaft zwischen den beiden heraus. Als Landauer Eisner dann mitteilte, daß Lenin später an Gehirnsyphilis leide, war Eisner damit einverstanden, daß man

Lenin als gemeingefährlich interniere,

zumal Lenins Popularität in dem gleichen Maße stieg, wie die Eisners verblähte. (Große Bewegung.) Wenn ich mich auch seit dem Januar zu Eisner in politischem Gegensatz befand, so wies ich seinen Sturz auf dem Wege der Gewalt, um mich an seine Stelle zu setzen, doch zurück. Es sollten mehrere tausend Marineinfanteristen, aus Bayern gebürtige, zuverlässige Leute, die aber von parteipolitischen Führern in Kiel zurückgehalten wurden, nach München gebracht werden. Es gelang auch, 600 Mann hierher zu bringen. Sie stehen mir mitteilen, daß sie bereit seien, Eisner zu stürzen und mich an seine Stelle zu setzen. Diesen Plan habe ich zurückgewiesen. — Was dann die von meinen politischen Feinden in der gegenwärtigen Verhandlung erhobenen Vorwürfe anlangt, so sind sie

von Anfang bis Ende erfunden.

Es ist un wahr, daß ich mich im besetzten Gebiet auf unbedingte Art bereichert habe, daß ich die Soldaten oder die Arbeiterschaft oder die Bevölkerung dort schikaniert oder drangsaliert habe. Von dem Kruppgeßel weiß ich überhaupt nichts. Von dem Doktor-Busch war ich nicht früher unterrichtet, als andere Leute. Daß ich meine Leute nicht schlecht behandelt habe, geht schon daraus hervor, daß ich im Felde der „Auer-Bater“ hieß. In einer Woche habe ich bis zu dreitausend Dankbriefe von Soldaten erhalten. Die Arbeiter im besetzten Gebiet habe ich veranlaßt, daß sie den Straßenbau aufnahmen, und ich habe auch durchgesetzt, daß sie als freie Arbeiter behandelt wurden. Als am 10. Februar vor den Landtag Pioniere gerückt kamen, um ihn zu besetzen, war ich die Planmacher zum Abzug veranlaßt. Wenn behauptet wird, daß die Massen gegen mich standen, so möchte ich darauf hinweisen, daß ich bei den Wahlen

im Januar die größte Stimmenzahl

erhielt, obwohl ich nur in acht Wahlkreisen aufgestellt war, während Eisner in sechsunddreißig Wahlkreisen es nur auf 2 1/2 Proz. der abgegebenen Stimmen brachte. Es ist ferner interessant, daß der Demonstrationstag, in dem Eisner mitarbeitete, obwohl er am Sonntag stattfand, nur etwa 10 000 Teilnehmer aufwies, also nicht die Massen der Münchener Arbeiterschaft oder der Münchener Bevölkerung. Auf Bestrohen Rechtsanwalts Sauter erklärt der junge Mann in das Ministerium des Innern eindring, um

ein Attentat auf Eisner

auszuführen, dabei aber festgenommen wurde. Eisner ließ ihn laufen. Sofort danach ließ er mich zu sich bitten. Ich traf bei ihm Ehrlich, Deimer und Fedenbach. In deren Gegenwart fragte mich Eisner, ob es wahr sei, daß ich geduldet hätte; mit Eisner dauert es nicht mehr lange? Ich dementierte zunächst die Antwort, weil ich die Anwesenheit Fedenbachs für unzulässig erachtete. Schließlich ließ ich mich umstimmen. Ich erklärte Eisner, daß ich von der ganzen Sache nichts wisse, und ich erkläre ausdrücklich, daß meine Eisner gegebene Antwort der Wahrheit entsprach. Was meine frühere Aussage anbelangt, daß Fedenbach mit mir geteilt hat, Lindner habe mir vor meinem Hause aufgeschauert, halte ich vollständig aufrecht. Ich selbst habe nie wahrgenommen, daß Lindner mir aufgeschauert hat. Ich weiß das nur von Fedenbach.

Als nächster Zeuge wird dann Oberst a. D. v. Kressenstein vernommen, der mit Major Gareis nach seiner Rückkehr noch gesprochen hat. Gareis habe ihm ausdrücklich erklärt, daß er keine Waffe bei sich gehabt hätte und Lindner nur festhalten wollte.

Der frühere Stadtkommandant Dürr bezeugt, daß er vier bis fünf Mann zum Schutz des Landtages aufstellen wollte, daß er diese aber nicht zusammenbekommen konnte. Er glaubt, daß er damals ein furchtbares Blutbad verhindert habe, da das Münchener Leibregiment die Absicht hatte, die Vererber des Matrosenpulsches einfach niederzumachen. Die Sicherung des Landtages habe er trotzdem pflichtgemäß durchgeführt, doch habe der Schuß auf Eisner alle Wände frommer Scheu gelöst, und so sei es ihm nicht einmal gelungen, die Soldaten zur Festnahme Lindners zu veranlassen. Er, der Stadtkommandant, habe Lindner damals niederstrecken wollen, sein Revolver habe aber verfehlt. Hof. Dr. Sauter: Hat Eisner es dem Minister Auers angetraut, daß dieser auch hinter dem früheren Attentat auf Eisner stand? Zeuge: Er hat es vermutet.

Der frühere Münchener Polizeipräsident Deimer äußerte sich in ähnlichem Sinne. Auch er meint, daß erst das Attentat auf Eisner die Vorgänge im Landtag heraufbeschworen habe. Deimer erzählt dann des längeren über die

ministerielle Kruppische Selbstgeschäfte.

Er erklärt, daß sein Vertrauensmann Biberl eines Tages an ihm herantreten sei und ihm erklärt habe, es seien ihm 60 000 R. zur Bekämpfung des Bolschewismus mit der ausdrücklichen Bemerkung angeboten worden, man brauche über die

Verteilung des Geldes keine Rechenschaft abzulegen. Er, der Zeuge, habe das aber als Bestechung aufgefaßt und Biberl erklärt, er solle die Sache nicht machen. Biberl habe dann aber später erklärt, daß er schon 10 000 R. in Händen hätte und die Streifenbänder um das Papiergeld tragen den Stempel der Firma Krupp. Von diesem Gelde seien später 7000 R. bei dem Anführer des Matrosenpulsches Lotter gefunden worden.

Aus dem Schluß der Beweisaufnahme interessiert noch die Vernehmung des Professors der Staatswissenschaften Oberst, eines Freundes des Ministerpräsidenten Eisner, der ebenfalls zu der Ansicht kommt, daß Eisner ein politisches Kind war.

Es wurde dann noch eingehend über die Einzelheiten der Verhaftung Lindners nach Salzburg verhandelt, wobei die Angeklagten Märker und Schulz dabei verblieben, daß sie keine Ahnung von dem eigentlichen Zweck der Reise gehabt hätten. — Dann wurde noch Direktor Haffke vom Kolosseum vernommen, wo Lindner vom 1. November 1917 bis Januar 1918 beschäftigt war. Der Zeuge bezeugt, daß Lindner immer korrekt und ehrlich war. Er wurde nur entlassen, weil ein älterer Mann aus dem Felde zurückkehrte.

Es folgten dann die Sachverständigen-Gutachten über die Verletzungen des Ministers Auers, des Majors Gareis und des Abgeordneten Dr. Oel, sowie über den Gesundheitszustand Lindners.

Professor Ködlin führt dazu aus, daß Lindner nicht ernstlich verletzt sei, aber ein leichterregbarer Mensch, der keinen Widerspruch ertrage, an der Malaria gelitten habe und sehr nervös sei. Das Attentat sei

als eine Leidenschaftshandlung

anzusehen. Der Paragraph 61 komme nicht in Frage. Dem Sachverständigen Professor Kersch hat Lindner sein Bedauern über die Erziehung des Majors Gareis zum Ausdruck gebracht.

Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen und die weitere Verhandlung auf Sonnabend früh 10 Uhr vertagt.

Ausschuffberatungen.

Die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes ist bis zum Artikel 34 geblieben. Dieser bestimmt die Teilnahme der Arbeiter am Aufsichtsrat. Nach einem Zentrumsantrag hat der Betriebsrat dahin zu wirken, daß Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen. Die Vorlage der Lohnbücher darf nach einem Antrag Schneider (Demokrat) nur als Unterlage zur Durchführung von Lohnbezugungen und Tarifverträgen gefordert werden. Die Bestimmungen über Bilanzinsicht finden nur Anwendung auf Betriebe mit 50 Angestellten oder 800 Arbeitern. Das Gesetz wird nicht vor Weihnachten erledigt werden.

Zur Steuerreform erklärte der Minister, daß Fahrpauschalen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte steuerfrei sind, soweit nicht Luxusfahrzeuge in Frage kommen.

Rein Geld. Im preussischen Staatshaushaltsausschuss erklärte Finanzminister Südekum, daß augenblicklich für die zum Kultusetat vom Ausschuss angenommenen Anträge, deren Durchführung etwa 150 Millionen Mark kosten würde, kein Geld vorhanden sei. Er ersuchte daher, die gesamten Anträge in die Form einer Resolution zu kleiden und diese zur Abstimmlung zu bringen. Die Unabgängigen erklärten, daß sie für den Voranschlag des Ministers nicht zu haben seien. (Für Weltbewilligung noch weniger. Hof.) Hof. v. d. Oken (Dnat. Sp.) teilte namens seiner Fraktion mit, daß sie sich hier in einer heissen Lage befindet, da sie doch Oppositionspartei sei. Verhandlungen zwischen den Parteien führten zu einer Einigung darüber, daß in der zweiten Lesung zwar über die Anträge im Plenum abgestimmt werden soll, daß sie bei der dritten Lesung aber die Form einer Resolution erhalten sollen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Schulkonflikt. In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten haben Vertreter der Reichs- und der preussischen Regierung, sowie der Mehrheitspartei teilgenommen. Die Verhandlungen unter diesen Parteien werden fortgesetzt. Bis zu ihrem Abschluß unterbricht der Unterrichtsminister der Landesversammlung seine Beratungen.

Freiwilige deutsche Arbeiter für das Wiederaufbaugesbiet. In Dillingen an der Saar haben etwa 800 Arbeiter der Dillinger Hütte, die infolge Kohlenmangels beschäftigungslos geworden waren, bei der französischen Militärverwaltung um Verwendung bei den Wiederaufbauarbeiten nachgesucht. Der Militärverwalter versprach, bewährte Gesuche mit Wohlwollen zu behandeln.

Der englische Geschäftsträger in Berlin, Sir William Tyrren, geht Wochenschrift in Washington, wird seinen Posten in Berlin am 1. Januar antreten.

Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen ist provisorisch bis zum 31. Dezember verlängert. Deutsche Vertreter sind in Bern zum Abschluß eines neuen Abkommens eingetroffen.

Die Griechen in Kleinasien. Das griechische Hauptquartier gibt bekannt, daß die Belagerung Kleinasiens (soll heißen der Westküste) durch die griechischen Truppen vollkommen beendet ist.

Zentralarbeitsgemeinschaft.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Reichswirtschaftsminister Schmitt antwortete auf die Ausführungen des Generaldirektors Kraemer, daß ja nach dessen Angaben 80 Millionen Tonnen Kohlen weniger gefördert als gebrauch werden. Die Folge davon sei, daß jede Stelle, der es an Kohle fehlt, meine, gerade sie brauche die Kohle am notwendigsten. Die Leistung im Bergbau habe in letzter Zeit zugenommen, es sei Aussicht, sie bald wieder auf die Höhe der Friedensleistung zu bringen. Der Regierung sei es gelungen, durch Aufstellung von Baracken 30 000 Arbeiter dem Bergbau zuzuführen. Durch Herstellung von Wohnungen werden weitere Arbeiter herangezogen werden. Auf die Angaben Kraemers über angebliches Verschwinden von Kohlen auf der Eisenbahn könne er (Rebner) ohne vorherige Rücksprache mit der Eisenbahnverwaltung keine Auskunft geben. Die Angelegenheit habe sich wohl auflären lassen, wenn Herr Kraemer sein Zahlenmaterial der Regierung zur Verfügung gestellt hätte, ehe er damit an die Öffentlichkeit ging. Die Stofffabriken in voller Leistungsfähigkeit zu erhalten, sei das eifrigste Bemühen der Regierung. — Unser Wirtschaftsleben verträgt sehr keine Erschütterung. In ruhigen Bahnen wird es sich entwickeln. Zeichen des neuen Wiederaufstehens sind bereits sichtbar. Die Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft beim Wiederaufleben der Wirtschaft ist zu begrüßen.

Ansprachen hielten noch der Wiederaufbauminister Dr. Gehler, der preussische Woblfahrtsminister Stegerwald und Ministerialdirektor Dr. Schjarrich namens des Reichsarbeitsministers Schlick. Auch sie betonten ihre Vereinnahmung gemeinsamen Zusammenwirkens mit der Arbeitsgemeinschaft.

In der Nachmittagsitzung wurden die Sitzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten. Nach dem vorliegenden Entwurf bezweckt die Zentralarbeitsgemeinschaft die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands betreffenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen, sowie aller die betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten. — Die Zentralarbeitsgemeinschaft, die vom Zentralvorstand und vom Zentralausschuss geleitet wird, gliedert sich in die Reichsarbeits-

gemeinschaften der Industrie- und Gewerbegebiete sowie in deren Gruppen. Die Organe der Zentralarbeitsgemeinschaft und deren Glieder werden paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die beide in getrennter Abstimmung gewählt werden. — Nach einem Referat von Dr. Hoff wurden die Satzungen ohne Diskussion angenommen.

Hierauf wurde die Debatte über die am Vornittag gehaltenen Reden eröffnet. Generaldirektor Bögl er sagte, der Reichswirtschaftsminister habe eine zu optimistische Auffassung von der Wirtschaftslage. Die sachkundigen Vertreter der Wirtschaft könnten sich dieser Auffassung nicht anschließen. Trotz der Einstellung von 30 000 Kohlenarbeitern im vorigen Monat sei die Förderung zurückgegangen. Solange wir nicht mehr Kohle haben, sei ein Aufstieg der Wirtschaft nicht zu erwarten. Auch ohne die Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft gebe es keinen Wiederaufbau.

Dr. u. s. (Fabrikarbeiterverband) führt das in Arbeiterkreisen vielfach herrschende Misstrauen gegen die Arbeitsgemeinschaften darauf zurück, daß die Arbeiterorganisation bis vor kurzem von den Unternehmern auf das schärfste bekämpft worden sind. An der gemeinsamen Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten würden die Arbeiter bereitwillig mitwirken.

Ein Arbeitgebervertreter, Landrat v. Kaumer, trat ein für scharfe Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, um das Schiebertum zu bekämpfen. Man wisse gar nicht, was alles verschoben werde. Für den Inlandsbedarf hergestellte Glühbirnen würden von Schiebern aufgekauft und nach dem Auslande verschoben. Um derartige Schiebern zu verhindern, müßte eine Verfügung erlassen werden, wonach nur solche Waren ausgeführt werden dürfen, die nachweislich vom Hersteller für die Ausfuhr bestimmt sind. Es müßte ein wirtschaftliches Standrecht eingeführt werden, womit jeder, der sich am Wirtschaftsleben verdingt, so scharf angefaßt werden kann, daß es abschreckend wirkt.

Bögl er (Vergarbeiter) trat der in der Presse oft verbreiteten Behauptung entgegen, daß die Vergarbeiter schuld seien am Rückgang der Kohlenförderung. Während der Kriegsjahre sei Raubbau getrieben worden mit der Arbeitskraft, die Ertragsleistungsziffer bei den Vergarbeitern sei ungeheuer gestiegen, die ganze Arbeiterschaft sei in ihrer Leistungsfähigkeit ungemein geschwächt. Das sei die Ursache des Rückgangs der Förderung. Die Angabe des Direktors Kraemer, daß dem deutschen Wirtschaftsleben 20 Millionen Tonnen Kohle fehlen, treffe nicht zu. Direktor Kraemer habe die Ausfuhr von der Förderung nicht abgerechnet. Nur 30 Millionen Tonnen Kohle fehlen der deutschen Wirtschaft. Aller Voraussicht nach werde es im nächsten Jahre nicht zu einem Streik im Bergbau kommen, so daß also auf eine ungehinderte Förderung gerechnet werden könne. Es sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die Kohlenproduktion enorm zu steigern. Dazu sei erforderlich nicht nur die Lösung der Wohnungsfrage, sondern auch im übrigen die Schaffung von Verhältnissen, die den Vergarbeitern die Arbeitsfreudigkeit geben.

Eine der wichtigsten Aufgaben sei jetzt, die großen Halbenbestände abzuführen. In Deutschland lagern 1 1/2 Millionen Tonnen Halbenbestände und dabei herrsche eine Kohlenfamilie. Der Redner ging dann noch auf einen im „Vorwärts“ erschienenen Artikel ein, aus dem eine Antipathie gegen die Zentralarbeitsgemeinschaft spräche. (Wort der Zentralarbeitsgemeinschaft war in unserem Artikel mit keinem Wort die Rede. Wie kann man da von einer Antipathie sprechen? D. Red.) Dieser Artikel könne nur infolge Unkenntnis seines Verfassers entstanden sein. (Wir verzichten, trotz der Herausforderung, lediglich im Interesse der Zentralarbeitsgemeinschaft darauf, hierauf zu antworten! Die Redaktion.) Man brauche nicht zu befürchten, daß die Arbeitnehmer, wenn sie in der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern an einem Tische zusammensitzen, etwas von ihren sozialistischen Idealen aufgeben würden. (Allgemeiner Beifall.)

Gewerkschaftsbewegung

Kartell der freien Gewerkschaften in der Textil- und Bekleidungsbranche.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften, welche mit der Textil- und Bekleidungsindustrie und dem Großhandel in Verbindung stehen, hatten am 12. Dezember eine Sitzung, in der zu schwebenden Fragen Stellung genommen wurde. Vertreten waren der Deutsche Transportarbeiterverband, der Textilarbeiterverband, der Fabrikarbeiterverband, der Guttmacherverband, der Schneiderverband, der Zuschneiderverband und der Zentralverband der Angestellten. Es wurden Klärungen beschlossen, welche gemeinsames Vorgehen in Fragen des Tarifwesens und einheitliches Arbeiten bei allen Bewegungen gewährleisten, und die Stellungnahme gegenüber den Fachverbänden in der Bekleidungsindustrie festlegen. Die Frage der Schaffung von Reichstaxiforen wurde gleichfalls berührt und eine Kommission gebildet, die Diktanden gibt und die Aktionen leitet. Die Geschäftsstelle der Kommission befindet sich im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Veltellstr. 7-10. (Geschäftsführer: Karl Publig.)

Die Lohnbewegung der Friseurgehilfen.

Eine von über 1000 Schülern und Gehilfen besuchte Generalversammlung des Arbeiterverbandes des Friseurgewerbes nahm Stellung zu dem Vergleich und dem Schiedsspruch des Groß-Berliner Schlichtungsausschusses. Katuschke berichtete über die Verhandlungen und empfahl die Annahme des Vergleichs und des Schiedsspruches.

In der sehr regen Diskussion traten verschiedene Redner dem entgegen. Angenommen wurde mit übergroßer Majorität folgende Resolution: Die Generalversammlung stimmt den Abmachungen der Arbeitnehmer-Schlichtungskommission zu, nach denen ein Zuschlag von 40 Proz. auf den Grundlohn unbenommen des bisherigen Mehrbezuges ab 5. Dezember erfolgt. Angenommen wurde auch der Schiedsspruch, wonach jedem Beschäftigten nach einjähriger Tätigkeit unter Weiterzahlung des Lohnes mindestens 3 Tage Urlaub zu geben sind.

Tarifforderungen in privaten Elektrizitätswerken.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt aus: Die Angestellten der unter privater Verwaltung stehenden Elektrizitätswerke von Groß-Berlin wünschen seit Monaten eine endgültige Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Soweit sie im R.-G.-Konzern, also beim Märkischen Elektrizitätswerk, Berliner Vorort-Elektrizitätswerke usw. beschäftigt sind, galt für sie bis zum 1. Oktober 1919 das Provisorium, das durch den Aprilstreik erkämpft worden war, mit unwesentlichen Abweichungen. Für die Angestellten des R.-G.-Konzerns wurde von den in Frage kommenden Organisationen den Direktionen ein Tarifvorschlag eingereicht, der sich auf den Septembertarif der Metallindustrie stützte. In diesen neuen Tarifverhandlungen erschienen auf Arbeitgeberseite nicht nur die Direktionen der in Frage kommenden Werke, sondern offizielle Vertreter des Arbeitgeberverbandes und erklärten, man wolle nicht nur einen Tarif für den Konzern schaffen, sondern man wolle Vereinbarungen treffen, die für alle Werke des Arbeitgeberverbandes gelten sollten mit eventueller Berücksichtigung besonderer örtlicher Verhältnisse. Es kamen nun nicht nur Werke des Bezirks Groß-Berlin in Betracht, sondern auch solche einzelner Orte der Provinz Brandenburg. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie erst die Meinung der in Frage kommenden Angestellten zu diesen Vorschlägen hören müßten, und daß sie wahrscheinlich neue Vorschläge unterbreiten würden.

In den Verhandlungen mit den in Frage kommenden Angestellten wurde festgestellt, daß einzelne Auskünfte schon unverbind-

lich in Verhandlungen mit ihren Direktionen eingeholt waren, andere sogar schon kurz vor dem Abschluß standen. Es wurde aber mit voller Einmütigkeit der Wunsch geäußert, hier tatsächlich die nötige gemeinsame tarifliche Grundlage zu schaffen. Man reichte nun dem Arbeitgeberverband Vorschläge ein, die die besonderen Verhältnisse berücksichtigten. Die Löhne wurden aufgebaut auf Sägen, die in einzelnen Werken des Arbeitgeberverbandes zurzeit schon gezahlt werden. Bei den neuen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband lehnten dessen Vertreter es ab, über die finanziellen Fragen zu verhandeln. Nur der Rahmenvertrag, der die allgemeinen Arbeitsbedingungen festsetzte, sollte durchgesprochen werden. Auch eine kurz darauf stattgefundene Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes bestätigte diese feilsame Meinung der Unterhändler auf Arbeitgeberseite.

Daß es tariftechnisch unmöglich ist, die Regelung der finanziellen Frage auszuschieben und sie den einzelnen Angestellten auszuweichen allein zu überlassen, wollten die Arbeitgeber nicht einsehen. Nun soll es zu Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt kommen. Seit Monaten warten die Angestellten dieses Arbeitszweiges auf die Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Den Organisationen gehen aus den Kreisen der Angestellten Nachrichten zu, die erkennen lassen, daß die Stimmung unter ihnen eine derartig erregte ist, daß nur der deutlich erkennbare Wille der Arbeitgeber, in normaler Weise die Angestelltenwünsche zu erfüllen, Kombinationen abwarten kann.

Achtung, Bauarbeiter!

Bei der jetzigen Jahreszeit haben die Bauarbeiter täglich damit zu rechnen, daß sie infolge Frostwetters oder sonstiger Witterungsverhältnisse ausbleiben müssen. In solchen Fällen erscheint es geboten, an den Unternehmer die Frage zu richten, ob er gewillt ist, die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu übernehmen. Wird diese Frage verneint, muß jeder persönlich in den zuständigen Geschäftsstellen der Erwerbslosenfürsorge — in der Zeit von 9 bis 1 Uhr — einen diesbezüglichen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung stellen. Hierzu werden die für die Erwerbslosenfürsorge zur Kontrolle erforderlichen Papiere benötigt; und zwar läßt man sich bis zum Bittstellungsumschlag die Invalidenkarte und eine Bescheinigung ausstellen, aus der die Beschäftigungsdauer hervorgeht und zum Ausdruck kommt, daß die Arbeit infolge Frostwetters eingestellt werden mußte. Die Abstemmung der Arbeitslosigkeit selbst erfolgt unter Vorlegung der Invalidenkarte in der Zeit von 9-1 Uhr in den Meldestellen der einzelnen Bezirke.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 5. Ausgesperrte der Berliner Metallindustrie. Montag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftsbanke (Saal 1), Engelstr. 14/15: Sehr wichtige Versammlung. Es liegt im Interesse der noch ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen, bestimmt zu erscheinen. Verbandsbuch legitimiert.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 1. Sektion b (Post- und Telegraphen-Ausschüsse). Sonntag, den 14. d. M., vormittags 10 Uhr, im „Rosenhaller Hof“, Rosenhaller Straße 11/12: Betriebsversammlung.

Mitglieder des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, des Deutschen Wermeister-Verbandes und des Zentralverbandes der Angestellten. Montag, den 15. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“ (Rag und Paris), Kommandantenstr. 57/58: Versammlung aller Angestelltenausschüsse, Betriebsvereine, ausführende und funktionäre der gesamten Groß-Berliner Metall-Industrie. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarifvertrag.

Mitglieder der der A. F. A. angeschlossenen Organisationen. Montag, den 15. d. M., abends 7 Uhr, in den „Arminshallen“ (Kraus Saal): Versammlung der Angestellten des Baugewerbes. Thema: Die Sozialisierung des Baugewerbes.

Verantw. für den Redaktion. Tel.: Ulrike Adler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Unterstr. 5. Hierzu 1. Beilage.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 83 % in Zahlung genommen!

Wunderbare Weihnachtsgeschenke.
Sehr billige Preise!!!

Es empfiehlt sich, den Bedarf jetzt zu decken, da vor dem Fest **starker Andrang.**

Pflüschmäntel, bestes Fabrikat, von 350-350
 Sesipflüsch 1100, 1300, 1850
Polzmäntel, beste Felle, 2400, 3000, 3600
 Ullster von 65 M. an, Modelle 185,
 Kostüme von 79,50 M. an, Modelle 350
Gesellschaftskleider, Seide, 225, Modelle 350, 500
Kindermäntel 68, 95, Stoffröcke 33, Seidenröcke 29
Mohr-Astrachanmäntel auf Herrenklothsutter 250.
Gummimäntel für Damen und Herren 135, 165, 245.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, 2. Geschäft: Berlin NO 18,
 Mohrenstrasse 37a Gr. Frankfurter Str. 115

Sonntags geschlossen.
 Umtausch nach dem Feste gestattet.

Flechten Wunden
 Juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“, Preis 3,- und 5,70 M., erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke, Köpenicker Str., und Simons-Apotheke, Kronsch-Bellevue-Apotheke, Potsdamer Platz, Victoria-Minerva-Apotheke, Charlottenburg und in der Maria-Apotheke, Wilmersdorf. Man läßt sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt d. Tutogen-Laboratorium, Dresden-Zschachwitz 5.

Spezial-Behandlung
C. Weissert, Invalidenstr. 147
 1. Etage, Ecke Bergstraße.
 Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen.
Kostenlose Untersuchung und Beratung
über sachgemäße Behandlung.
 Sprechstunden 10-12 und 4-8, Sonntags 10-12.

2 kleinere Läden,
 passend für viele Geschäfte, in sehr guter Geschäftslage, mit Einrichtung, billigen Mieten und längeren Leihenskontrakten gibt Kaufinteressenten ab

Schuhhaus
 Invalidenstr. 138.
 Relierung früh 6-10. 333

la. Kautabak (Kentucky)
 in Rollen a 80 Pl.
 Preisabgabe wenigst. 20 Rollen prompt Nachnahme 123MD
Handelshaus Nord, G. m. b. H., Bremen, Nordstr. 132.
 Tel. Roland 3199.

Erklärung.

Im Textil-Großhandel und in der Damenwäsche- und Schürzenbranche sind unter verantwortlicher Mittätigkeit der Vorstehenden der Arbeitgeberverbände, der Herren

Dr. James Simon, in Firma Gebrüder Simon, Klosterstraße,
 Leo Cohn, in Firma Leo Cohn & Kirschstein, Rosenstr. 17,
 Richard Semmel, in Firma Arthur Samulson, Magazinstr. 15/17,

Tarifverträge getätigt worden, die nach Auffassung genannter Arbeitgeber einen auskömmlichen Lebensunterhalt ermöglichen sollen. Die erzielten Resultate besagen, daß der größte Teil der männlichen Angestellten, die in der Wäsche- und Schürzenbranche höchstens 5 Proz. der gesamten Arbeitnehmerschaft ausmachen, im 21. Lebensjahre den Hungerlohn von 325 M. bzw. 315 M. erhalten. Weibliche Arbeitnehmer erhalten noch einen um 15 Proz. bzw. 10 Proz. geringeren Lohn.

Es ist seit dem 9. November 1918 so viel von Demokratie geredet worden, daß es uns unbegreiflich erscheint, wie hier jeder Demokratie durch eine Schlechterstellung der weiblichen Arbeitnehmer ins Gesicht geschlagen wird.

Der Textil-Großhandel und die Bekleidungsindustrie stehen im Zeichen von Millionengewinnen, die es sogar der Arbeiterschaft ermöglichen, sich Bankguthaben in bisher ungeahnter Höhe im neutralen Ausland anzulegen.

Die Tarifverträge wurden trotz alledem von uns mit unterschrieben, weil selbst diese Hungerlöhne gegenüber den vorher gezahlten schandbaren Beträgen eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Dies zur Charakterisierung der bis jetzt gezahlten Gehälter im Gegensatz zu den eben geschilderten Riesengewinnen.

Wir erklären hiermit öffentlich, daß wir es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten und betrachten werden, gegen diese, den augenblicklichen Verhältnissen hohnsprechenden Zustände Sturm zu laufen.

Wir sind uns hierin der Solidarität der gesamten Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins sicher.

Sollten hieraus Wirtschaftskämpfe entstehen, unter denen die Allgemeinheit zu leiden hat, so möge sich schon heute die Öffentlichkeit darüber klar sein, daß die Verantwortung hierfür allein obigen Arbeitgeberverbänden und ihren einflussreichen Vorstehenden zufällt.

Interessenverband der Angestellten des Baumwoll-, Leinen- und Kleiderstoff-Großhandels G. V.

Arbeitnehmerverband der Wäsche- und Schürzen-Industrie

im Gewerkschaftskartell der Bekleidungs-Industrie.

Möbel
 liefert gegen bar
 und zur Teilzahlung zu billigsten Preisen:

**Wohnzimmer
 Schlafzimmer
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Farbige Kissen
 Einzelne Möbel**

Größte Rücksichtnahme
 Liefere auch n. auswärts.
 Kriegsanl. nehme in Zahlg.

Möbel-Cohn
 Gr. Frankfurter Str. 58
 5 Min. vom Alexanderplatz.
 Filiale: Badstr. 47-48.
 5 Min. v. Bf. Gesundbr.

PELZ-WAREN
 Export Engros
Einzelverkauf
 wie alljährlich preiswertes Angebot in
 Kragen, Muffen und Pelzhüten

Fuchsgarnituren
 in großer Auswahl
 Reparaturen u. Umarbeitung
 prompt und billig
 Ad. Abrahamsohn Nachf.
 261 Neue Königstr. 261

Gänsefett!
 Stillschlüssig. Wfd. 8,50 22
 Fettzentr. . . . 10,90 an
 Rohgänse . . . 12,90
 Junge Gänse . . . 6,75

Tasche, Belle-Alliance-Str. 99
 Charl. Karl-Friedrich-Str. 47
 Wilmersdorf, Bernhardsstr. 15c.